Sonntag, 13. Januar 1924. **Einzelnummer 100000 Mark.** 63. Jahrgang. Nr. 11.

Bezugspreis*) monatl. M.:
bei der Geschäftsst. 2 000 000
bei den Ausgabest. 2 020 000
durch Zeitungsb. 2 040 000
durch Post inkl. Geb. 2 047 500
ins Ausland 3 000 000 p. M.
in deutscher Währg. nach Kurs.

*) Obige Preise gelten als Grundpreise. Verlag und Post haben das Recht, bei weiterer Geldentwertung eine Nachforderung zu erheben.

Fernspr. 2273. 3110. Telegr.-Adr.: Tageblatt Posen.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens. 80 000 M. Reklameteil 200 000 M. *) Sonderplatz 50% mehr

für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 80 000 M. *) Reklameteil 200 000 M. in deutscher Währung nach Kurs.

Postscheckkonto für Polen: Nr. 200 283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Laßt euch nicht irre machen!

In der polnischen Presse wird wieder einmal sehr munter gehetzt. Vor einigen Tagen brachten mehrere Blätter eine offenbar aus einer gemeinsamen Quelle stammende Notiz folgenden Wortlauts:

„Die bedeutendste deutsche Buchdruckerei in Posen „Posener Buchdruckerei — Posener Tageblatt" beschäftigt eine große Zahl deutscher Optanten und vermindert rücksichtslos das polnische Personal, um für deutsche Staatsbürger Platz zu schaffen. Dieses Unternehmen ist ein Asyl für Deutsche, die sich nicht entschließen konnten, die Staatsbürgerschaft des verhaßten Polens anzunehmen, dabei aber mit allen Kräften versuchen, in diesem Polen zu bleiben. — zu welchem Zweck ist ganz klar. Es ist Zeit, daß unsere Behörden diese Angelegenheit prüfen und endlich einmal dieses Nest des uns feindlichen Geistes ausräuchern."

Was zunächst die „Posener Buchdruckerei" betrifft, in der das „Posener Tageblatt" hergestellt wird, so ist nach wie vor die größere Zahl der in diesem Betrieb Beschäftigten polnischer Nationalität. Als Entlassungen notwendig waren, wurden sowohl Deutsche als auch Polen entlassen, und ebenso wurden später wieder Personen beider Nationalitäten neu eingestellt, wie die jetzige Zusammensetzung des Personals beweist. Zur Klärung der Sachlage darf auch festgestellt werden, daß die Entlassungen zum Teil durch Unzulänglichkeit der Leistungen und durch persönliche Verhältnisse der betreffenden Personen (z. B. Verheiratung weiblicher Angestellten) veranlaßt wurden.

Soviel von der Posener Buchdruckerei, gegen die sich hier die Hetze zunächst richtet.

Die Sache hat jedoch eine über den einzelnen Betrieb hinausgehende Bedeutung. Und die grundsätzliche Frage, die hier aufgeworfen werden muß, ist: Wenn wirklich in der Posener Buchdruckerei polnische Arbeitskräfte entlassen worden wären, um Deutschen Platz zu machen, — wäre das etwas irgendwie Anfechtbares? Wäre das ein staatsfeindlicher Akt? Wäre das Beweis einer polenfeindlichen oder irgendwie unmoralischen Gesinnung?

Betriebe, in denen polnische Arbeitskräfte, z. B. polnische Setzer, Beschäftigung finden können, gibt es in Polen in ausreichender Zahl. Was aber würde mit den deutschen Arbeitskräften geschehen, die ohne zwingenden Grund aus einem Betrieb, wie ihn die Posener Buchdruckerei darstellt, entlassen würden? Würden sie in einem polnischen Unternehmen Aufnahme finden?

Bei der Entlassung und Neueinstellung von Arbeitskräften muß für jeden Betrieb zunächst die Frage der Leistungsfähigkeit der betreffenden Kräfte und des Nutzens, den sie dem Betrieb bringen, Richtschnur sein, — dann aber freilich auch die Frage, wer durch eine Entlassung am stärksten geschädigt wird, wer Arbeit und Verdienst am nötigsten hat. Da deutsche Kräfte in Polen gegenwärtig fast nur noch in deutschen Betrieben verwendet werden können und die Zahl dieser Betriebe verhältnismäßig gering ist, während den polnischen Arbeitskräften Betriebe genug offen stehen, die ihnen eine Verdienstmöglichkeit bieten, so ist es für die Leiter deutscher Betriebe eine selbstverständliche Pflicht der Gerechtigkeit und der Menschlichkeit, deutschen Arbeitskräften Arbeit und Verdienst zu geben. Das hat mit der Politik nicht das geringste zu tun, und wer diese Dinge politisch ausnützt und sie als Material zu Hetzartikeln der gekennzeichneten Art verwendet, der verdreht die Tatsachen. Solchen Verdrehungen muß umso ausdrücklicher entgegengetreten werden, als es immer Leute gibt, die, zu bequem, über die Dinge etwas schärfer nachzudenken, auf den Biedermannston solcher Hetzartikel hereinfallen.

Deutscher Kaufmann, deutscher Handwerker, deutscher Landwirt, deutscher Unternehmer! Selbstverständlich hast du dich in deinem Geschäft von Politik fernzuhalten. Selbstverständlich kann für dich die Frage der Nationalität deines Personals an sich nicht von Belang sein. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß du bei der Einstellung von Arbeitskräften in erster Linie diejenigen berücksichtigen mußt, die eben nur bei dir und deinesgleichen ihr Brot finden können und die, wenn du ihnen dies Stück Brot verweigerst, vielleicht in kurzer Zeit Opfer der Zeit und der Verhältnisse werden. Laß dich nicht irremachen, — und sollten solche Hetzartikel wie der gegen die „Posener Buchdruckerei" auch gegen dich gemünzt werden, dann frage die Hetzer: „Finden in polnischen Betrieben deutsche Arbeitskräfte ebenso leicht Aufnahme wie polnische?"

So lange diese Frage nicht bejaht werden kann, haben wir dafür zu sorgen, daß Arbeitsfähige deutscher Nationalität auch hierzulande Gelegenheit zur Arbeit finden und nicht dem Hunger preisgegeben werden.

Liquidierung deutschen Besitzes.

Das Posener Liquidationskomitee hat folgende deutsche Güter zur Liquidation vorgemerkt: 1. Kiszkowo im Kreise Inowroclaw Umfang 1256 Hektar. Bes. Ferdinand Schwartz. 2. Majoratsherrschaft Górne Sartowice mit den Nebengütern Morsk und Dzikowo im Kreise Schwetz (Pommerellen) Gesamtumfang 4613 Hektar, darin ungefähr 2200 Hektar Wald. Bes. Wilhelm Franz v. Schwanenfeld Graf Schwerin auf Göhren (Rügen).

Polens Zutritt zum Meer.

Eine neue Forderung erheben die nationaldemokratischen Gruppen und die Witos-Partei — also die Parteien der gestürzten Regierung. Sie haben eine Interpellation an den Außenminister und den Handelsminister eingebracht, in der der vollständige Boykott des Danziger Hafens bis zur Aufhebung der Danzig-polnischen Konvention und die Benutzung des Stettiner Hafens für die Ein- und Ausfuhr Polens verlangt werden. Die Parteien wollen ein Recht auf die Benutzung des Stettiner Hafens aus Artikel 331 des Versailler Vertrages herleiten, der eine gewisse Internationalisierung der Oder, in die sie auch den Nebenfluß Warthe einbeziehen, vorsieht.

Eingeleitet wird diese Forderung mit der Klage, daß Polen nicht den garantierten Zugang zum Meer erhalten habe, und mit den Angriffen auf die Danziger Behörden, besonders die Zollverwaltung. Es wird verlangt, daß nur polnische Beamte in dieser Verwaltung beschäftigt werden. Die Interpellation schließt mit folgenden Sätzen:

1. Sind die Minister bereit, die Aufhebung der Konvention vom Jahre 1920, soweit das nicht dem Versailler Vertrag widerspricht, zu erstreben?

2. Sind sie bereit, durch eine entschiedene Politik Danzig gegenüber die Freistadt zu zwingen, den freien und ungehinderten Zugang zum Meere zu sichern?

3. Sind sie bereit, den unmöglichen Zoll- und Akzisenverhältnissen in den Grenzen der Freistadt ein Ende zu machen?

4. Sind sie bereit, Anstalten zu treffen, um die ganze Ein- und Ausfuhr über die Warthe und Oder nach Stettin zu lenken?

Diese Forderungen sind in Presseartikeln schon des öfteren aufgestellt worden, doch vor das polnische Parlament kommen sie zum ersten Male. Zum ersten Male wird auch ernsthaft der Bruch der Danzig-polnischen Konvention verlangt, und zwar gerade von den Parteien, die vor kurzem allein die Regierung bildeten und die auch an der Regierung waren, als dieser Vertrag abgeschlossen wurde.

Die Logik dieser Forderungen ist nicht ganz klar. Wenn die Interpellanten der Ansicht sind, daß in Danzig, wo doch der Völkerbund der ausschlaggebende Faktor ist, die Forderungen Polens nicht in ausreichendem Maße erfüllt werden, — was veranlaßt sie, Erfüllung dieser Forderungen in Stettin zu erwarten, wo doch der Völkerbund nichts zu sagen hat?

Das Vollmachtengesetz im Senat.

Der Senat setzte in seiner Freitagssitzung die Beratungen über das Vollmachtengesetz fort.

Senator Buzek von der Poln. Volkspartei bemerkte, daß der letzte Augenblick für die Verleihung der Sanierungsvollmachten an die Regierung gekommen sei. Welche Folgen eine zu späte Annahme solcher Vollmachten haben könne, beweise Deutschland. Bezüglich des Inhaltes ist der Redner mit dem Gesetz einverstanden; er hat aber gewisse Zweifel bezüglich der Reform. Er bedauert, daß der Sejm das Gesetz nicht als Änderung der Verfassung anerkannte und nicht die Formen beobachtete, die die Verfassung in solchen Fällen vorsieht. Der Redner sagte zum Schluß: „In der Hoffnung, daß uns das Gesetz gutes Geld bringen wird, werden wir für das Gesetz stimmen."

Senator Gaszyński von der Wyzwoleniegruppe kritisierte die bisherige Staatswirtschaft, erklärte sich aber zum Schluß für das Gesetz.

Senator Siedlecki von den Sozialisten erklärte, daß das Gesetz eigentlich eine Änderung der Verfassung bedeute. Trotzdem werde seine Partei das Gesetz unterstützen.

Senator Adelman von den Christlich-Demokraten äußert gewisse Zweifel darüber, ob man durch die Beschleunigung der Zahlungsfrist für die Vermögens- und Einkommensteuer eine Stillegung der Notenpresse werde erreichen können. Die Bevölkerung sei verarmt, und man wisse nicht, ob sie in kurzer Zeit 300 Millionen Złoty zu bezahlen vermag. Die Veröffentlichung eines unter den Börsennotierungen stehenden Goldfrankkurses durch die Regierung trage eine gewisse Verwirrung in die Handelsbeziehungen.

Senator Kędzior (Poln. Volkspartei): „Wenn das Gesetz im Punkt 4 von der Überweisung bestimmter Ausgaben an die Selbstverwaltungen spricht, dann müssen den Selbstverwaltungen auch bestimmte Finanzmittel gegeben werden.

Senator Hempel vom Nat. Volksverband betont die Bedeutung der Mittel, bezüglich deren die öffentliche Meinung im Zweifel sei, ob der Finanzminister von ihnen hinreichend Gebrauch machen werde. Es handelt sich in erster Linie um eine Auslandsanleihe, zu der der Finanzminister nicht greifen will, da er der Meinung ist, daß sie sich durch die Vermögenssteuer werde ersetzen lassen.

Senator Banaszak (Nat. Arbeiterpartei): „Die Krankheit ist erkannt, die Diagnose gestellt, und wenn die gegenwärtigen Vollmachten nicht ausreichen, dann müssen größere gegeben werden."

Das Gesetz wurde in der Abstimmung mit 64 gegen 5 Stimmen unverändert angenommen.

Bei der Erörterung des Gesetzes über die obligatorische Anwendung des Teuerungskoeffizienten sprach Senator Bielawski vom Nat. Volksverband über die im Gesetz vorgenommenen Änderungen. Bei Artikel 1 wurde die Bestimmung eingefügt, daß Arbeitsstätten mit nicht mehr als vier Angestellten von der Gültigkeit des Gesetzes ausgenommen werden sollen, ferner die Bestimmung, daß das Gesetz auf Anstalten konfessioneller Gemeinden erweitert wird. An die Stelle des Schweizer Frank tritt der Goldfrank. Aus der Regierungsvorlage wurde die Bestimmung übernommen, nach der der Arbeitgeber nicht höhere Erhöhungen anzuwenden braucht, als die Vorkriegsentlohnung betrug. Ferner wurde in den Entwurf die Bestimmung aufgenommen, daß dort, wo die Verdienste valorisiert wurden, eine obligatorische Pflicht der Anwendung des Gesetzes nicht besteht. Zum Schluß sieht das Gesetz ein Inkrafttreten am 15. Januar vor.

Minister Darowski erklärte, daß das eingebrachte Gesetz in die Arbeitsverhältnisse nichts Neues einführe, sondern nur die bestehenden Verhältnisse sanktioniere. Man dürfe das Gesetz nicht vom Standpunkt der Massen betrachten, sondern unter dem Gesichtspunkte der allgemeinen Interessen, besonders der Valutareform und der Sanierung der Verhältnisse. Das Gesetz sei sehr notwendig, weil es die Gegensätze mildere und beseitige.

Senator Posner erklärte im Namen einiger Parteien, daß er den Antrag gestellt habe, das Gesetz unverändert anzunehmen.

Senator Banaszak unterstützt den Antrag des Senators Posner. Der Arbeiter verlange nur, daß er durch die Entwertung nicht verliert.

Senator Nowodworski von den Christl. Demokraten erklärt, daß seine Partei für einige Verbesserungen sei.

Der Antrag auf unveränderte Annahme des Gesetzes wurde in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Sämtliche Ausschußverbesserungen wurden darauf angenommen.

Die nächste Sitzung des Senats findet am 30 Januar statt.

Finanzsanierungsberatungen.

Am Freitag fand im Finanzministerium eine Konferenz statt, in der Fragen besprochen wurden, die mit der Sanierung der Staatsfinanzen verbunden sind. In eingehender Weise erörterte die Konferenz die Valutareform und die Maßnahmen, die ihr voranzugehen hätten. Die unbedingte Mehrheit der Konferenzteilnehmer sprach sich für eine Beschleunigung der Valutareform aus. Die anwesenden Sachverständigen erkannten die Beschleunigung als möglich im Hinblick auf die nahe bevorstehende Beseitigung des Defizits und die Stillegung der Notenpresse durch eine rationelle Anwendung des Vollmachtsgesetzes.

Der Sturz des französischen Francs.

Im Handelsteil unserer Nr. 9 hatten wir eine Tabelle über die Abwärtsbewegung des Franken im vergangenen Jahre an der Neuyorker Börse gebracht. Am Anfang 1923 war ein französischer Franken in Neuyork 7,42 Cents wert, am Ende des Jahres nur noch 5,09 Cents. Die Abwärtsbewegung setzt sich von Tag zu Tag fort und erregte jetzt in Frankreich große Aufmerksamkeit. Vor allem kann man sich nicht erklären, weshalb auch jetzt, nachdem der „Sieg" im Ruhrkampfe erfochten ist, die Reise der französischen Währung fortdauernd nach abwärts geht. Jetzt, um die Jahreswende der Ruhrbesetzung, lassen sich in Frankreich vereinzelte Stimmen hören — leider nur vereinzelte —, daß der Frankensturz eben gerade eine Folge der Ruhrbesetzung sei, daß Poincarés „Sicherheitspolitik" die Politik auf Erlangung von Zahlungen und wirtschaftliche Befestigung verhindert und geschädigt habe. Um diesen Vorwurf zu widerlegen, entfalten Poincarés Trabanten und vor allem der Finanzminister de Lasteyrie eine eifrige Tätigkeit, um die Ursachen des Übels ausfindig zu machen und geeignete Mittel zur Abhilfe zu suchen.

Devisenkurs und Ruhrbesetzung.

Der sozialistische Abgeordnete Blum schreibt im „Populaire", das Pfund nähere sich dem Stande von 90, und der Dollar stehe über 20 Franken. Die Teuerung, das sei der Devisenkurs, der Devisenkurs, das sei die Ruhr, und diese beiden elementaren Wahrheiten seien nachgerade zu offensichtlich, als daß sie nicht allmählich in die Gemüter eindringen. Finanzminister de Lasteyrie habe erklärt, die französische Handelsbilanz sei ein wenig besser als vor zwei Jahren, die Steuereinnahmen wiesen ein Plus auf, der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sei zu zwei Dritteln beendet, das ordentliche Budget nähere sich dem Gleichgewicht. Daraus folge, daß das Sinken des französischen Franken durch keinerlei wirtschaftliche und finanzielle Gründe gerechtfertigt sei. Wenn Gründe dieser Art allein wirksam gewesen wären, wäre der Franken nicht gesunken, sondern gestiegen. Welche anderen Ursachen aber könne man sich noch denken als die französische Außenpolitik, als die Ruhrbesetzung?

Die Meinung Professor Gides.

Der französische Volkswirtschaftler Charles Gide hatte schon im vorigen Jahre gegen die Ruhrpolitik protestiert und ihre Rechtmäßigkeit verneint. Er erklärte jetzt einem Vertreter der „Humanité", die Ursachen des Sturzes des französischen Franken seien psychologischer Natur. Das sich ständig verschärfende Sinken der französischen Devisen habe Anfang des letzten Jahres begonnen, als Frankreich sich anläßlich der Ruhrbesetzung mit England überworfen habe. Man scheine zu vergessen, daß England und die Vereinigten Staaten die Gläubiger Frankreichs seien, und daß ihre Forderungen an Frankreich der französischen Forderung an Deutschland gleichkommen. In Frankreich finde man Geld, um Polen und der Tschecho-

1 Dollar	= 9 850 000 Mkp.
1 Danziger Gulden ...	= 1 835 000 Mkp.
1 Valorisierungsfrank .	= 1 890 000 Mkp.
1 Goldmark	= 2 347 500 Mkp.

slowakei Anleihen zu geben, während man den französischen Gläubigern erkläre, man besitze kein Geld. Namentlich in den angelsächsischen Ländern mache dies keinen günstigen Eindruck. Wenn es demnächst zu einer inflatorischen Verschärfung des Notenumlaufes komme, würde den psychologischen Gründen der Frankenbaisse ein neuer Antrieb gegeben werden. Die letzte Bilanz der Bank von Frankreich sei trotz der offiziösen Erklärung in dieser Hinsicht nicht sehr beruhigend gewesen.

Finanzberatungen.

Der französische Finanzminister de Lasteyrie hatte am Montag Beratungen mit dem Justiz- und Innenminister über den Frankensturz. Am Dienstag unterbreitete er dem Ministerrat Vorschläge zur Einschränkung der Spekulation und Säuberung der Pariser Börse. Ferner fanden im Finanzministerium wichtige Beratungen mit den Direktoren der großen Pariser Banken statt. Derartige Konferenzen finden fast täglich statt. Es verlautet, daß die Regierung eine Reihe entscheidender Maßregeln auf dem Valutamarkt plant. Anscheinend wird man sich auch mit der Art und Weise befassen, wie die offiziellen mittleren Kurse an der Pariser Börse festgesetzt werden, die nach Auffassung maßgebender Stellen reformbedürftig sein solle. Schließlich soll den Industriellen und Kaufleuten angeraten werden, die Deckung ihres Vierteljahrs- und Monatsbedarfs an ausländischen Zahlungsmitteln in größerem Maße als bisher am Terminmarkt vorzunehmen.

Es ist beachtenswert, daß die Presse den Tiefstand der französischen Währung immer wieder nur auf eine böswillige Offensive der zentraleuropäischen und englischen Bankiers zurückzuführen versucht. Die führenden französischen Bankkreise sind aber weniger als das urteilslose große Publikum vom Bestehen einer vom Auslande ausgehenden Finanzoffensive überzeugt. Die bevorstehenden Maßregeln der französischen Regierung werden daher vorläufig nicht den extremen fremdenfeindlichen Charakter tragen, wie ihn einige Blätter anraten.

Natürlich sind die Deutschen schuld.

Der französische Finanzminister machte gegenüber Pressevertretenen Mitteilungen über die angeblichen Ursachen des Franksturzes. Er sagte, es gäbe keinen plausiblen Grund außen- oder innenpolitischer Natur zur Erklärung des Frankstурzes. Der wahre Grund sei darin zu erblicken, daß sich seit dem Kriege große Mengen von französischen Frank in fremden Händen befinden. Diese Frank stellen eine Waffe dar, deren das Ausland sich bedienen kann, um den Frankkurs zu drücken. Der Finanzminister fuhr fort, die Deutschen seien Meister auf dem Gebiete derartiger Experimente, deren Zweck die Beeinflussung der äußeren Politik Frankreichs sei. Am 6. November 1923 habe in Frankfurt a. M. eine Versammlung von Bankiers aus dem besetzten Deutschland stattgefunden. Darin sei die Weisung erteilt worden, mit allen Mitteln einen Vorstoß gegen den französischen Frank zu unternehmen. In Paris seien die Rückwirkungen dieses Feldzuges gegen den Frank gespürt worden. Man habe Zirkulare beschlagnahmt, worin das Publikum aufgefordert wurde, die französischen Papiere zu veräußern und dafür Dollar und Pfund Sterling zu kaufen. Diese Zirklare seien zurzeit Gegenstand einer gerichtlichen Untersuchung. Die Finanzlage Frankreichs werde auch vor allem dadurch beeinflußt, daß die Reparationsfrage noch nicht gelöst ist, weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme.

Maßnahmen gegen die Ausländer.

Der Minister kündigte ferner an, daß die Regierung eine Verschärfung der Gesetze gegen die Untergrabung des Staatskredits beantragen wird. Es soll verhindert werden, daß Ausländer innerhalb der Börse Nachrichten verbreiten. Scharfe Überwachung der Telephongespräche zum Auslande zur Börsenzeit ist angeordnet. Der „Figaro" meldet, daß gestern an der Börse drei Ausländer festgenommen worden sind, deren ständige Anwesenheit in der Nähe der Umsatzstelle der Devisen unberechtigt erschien. Das gleiche Blatt behauptet, daß zahlreiche Spuren von unliebsamen Ausländern, die sich mit Wechselgeschäften abgeben, im Augenblick verfolgt würden und daß man sogar von bevorstehenden Ausweisungen spricht.

Neue Steuern.

Der Finanzminister schloß seine Erklärungen mit der Versicherung, daß die Regierung entschlossen sei, die französischen Finanzen zu sanieren und die dazu erforderlichen neuen Steuern vom Parlament ohne Rücksicht auf den Wahlkampf zu erlangen. Das Finanzministerium werde die Aufhebung des Streichholzmonopols beantragen, da es dem Staate nur Ausgaben verursacht, ebenso die Abschaffung gewisser Finanzbureaus.

Passive Haltung der Neuyorker Börse.

Der „Herold" meldet aus Neuyork: Die Vereinigten Staaten verlangen in einer neuen Vorstellung beim französischen Botschafter in Washington die Regelung der Kriegsschulden. In diesem Akt sieht die Neuyorker Börse eine Art von neuem Ansporn für die geringere Bewertung des französischen Franken. Die Aktion der Bank von Frankreich in Paris wird in Parallele mit den Stützungsversuchen Deutschlands vor dem Absturz der Mark gestellt. Die schlechte Tendenz des Franken hält die Geschäfte und die Börse in gutem Gange und ein Arbeitslosenproblem gibt es in Neuyork nicht. Das erklärt die völlige Passivität der Neuyorker Börse gegenüber dem Frankensturz.

Republik Polen.

Vermögenssteuer und Getreidelieferung.

Gemäß dem durch die vorige Regierung festgesetzten Plan kann bekanntlich die Einzahlung der Vermögenssteuer durch Landwirte in der Form erfolgen, daß der Regierung Getreide zur Verfügung gestellt wird. Die Regierung will für dieses Getreide vollwertige Valuten erlangen, die für die Sanierung der Staatsfinanzen Verwendung finden sollen. Der Termin, bis zu dem die Landwirte ihre Deklarationen über Getreidelieferungen einreichen sollen, läuft mit dem 25. Januar d. Js. ab. Die Lieferungsbedingungen werden im „Monitor Polski" vom 11. Januar bekanntgegeben werden.

Aus dem Finanzministerium.

Zum Direktor des Kreditdepartements des Finanzministeriums wurde Dr. Felix Młynarski ernannt, der schon früher einmal diesen Posten inne hatte. Der bisherige Direktor des Kreditdepartements, Herr Stanisław Makowski, trat wieder in die Generaldirektion der P. K. K. P. ein, zu der er schon früher gehörte. Zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium wurde der Ingenieur Czesław Klarner genannt, früher Chef der Industriesektion im Ministerium für Handel und Industrie, zuletzt Mitglied der Direktion der Warschauer Handelsbank.

Der neue Landwirtschaftsminister,

Herr Stanisław Janicki, hat am 9. Januar sein Amt angetreten. Er wurde namens der Beamtenschaft des Landwirtschaftsministeriums vom Unterstaatssekretär Josef Raczyński begrüßt und hielt an die ihm unterstellten Beamten eine längere Ansprache, in der er die Notwendigkeit betonte, die Tätigkeit des Ministeriums der Hauptaufgabe aller staatlichen Behörden, der Sanierung der Finanzen, unterzuordnen. Er forderte alle Beamten des Ministeriums auf, an dieser Aufgabe nach Kräften mitzuarbeiten.

Beratungen über militärische Personalfragen

finden gegenwärtig in Spala statt, wo der Staatspräsident und der Ministerpräsident sich aufhalten und wohin sich jetzt auch der Kriegsminister begeben hat. Nach Meldungen der polnischen Presse handelt es sich bei diesen Beratungen zum Teil um die Person des Marschalls Pilsudski.

Rücktritt des Generalkommissars für Danzig.

Herr Plucinski, der seit vier Jahren polnischer Generalkommissar für Danzig ist und dessen Rücktritt von diesem Posten schon wiederholt angekündigt wurde, legt jetzt, wie polnische Blätter melden, endgültig dieses Amt nieder, um sich der parlamentarischen Tätigkeit zu widmen. An seine Stelle tritt in Danzig sein bisheriger Vertreter, Herr Kajetan Morawski.

Zur Auswanderung aus Polen.

Die Ostasiatische Gesellschaft, die bisher ihre Schiffe der Vereinigten baltischen Korporation vermietet hatte, hat sich an den polnischen Staat mit der Bitte um Erteilung einer Konzession zur Beförderung von Emigranten aus Polen gewandt. Der Sitz der Gesellschaft wird Kopenhagen sein, und die Schiffe werden unter dänischer Flagge fahren.

Dienstboten-Fürsorgegesetz.

Das von der vorigen Regierung dem Arbeitsministerium zwecks Vornahme von Änderungen und Ergänzungen zurückgeschickte Dienstboten-Fürsorgegesetzesprojekt ist bereits vom Arbeitsministerium dem Ministerrat vorgelegt worden. Die Gesetzesvorlage sieht die Regelung der Fürsorge für Dienstboten in Privathäusern und Handels- und anderen Häusern im Falle von Arbeitslosigkeit im Wege einer Versicherung vor, die vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu entsprechenden Teilen gezahlt werden soll. Die im Falle von Arbeitslosigkeit gezahlten Beträge sind bei ledigen Arbeitern resp. Arbeiterinnen der genannten Kategorie auf 30 Prozent des Verdienstes, bei verheirateten auf 35 bis 50 Prozent des Verdienstes festgesetzt. Die Unterstützungen können im Laufe eines Jahres während 13 Wochen ausgezahlt werden, in Ausnahmefällen auf 14 Wochen. Das Projekt sieht eine Kontrolle der Arbeitslosen vor, mit evtl. Strafbestimmungen gegen diejenigen, die sich der Kontrolle und anderen Bestimmungen des Gesetzes entziehen.

Die internationale Eisenbahnkonferenz

begann am Donnerstag im Konferenzsaal der Warschauer Eisenbahndirektion die internationale Eisenbahnkonferenz, die sich mit Verkehrsfragen beschäftigt. Die Konferenz eröffnete der polnische Eisenbahnvizeminister Ingenieur Eberhardt mit dem Hinweis auf die Wichtigkeit der Aufgaben, die zu erledigen sind. Er gab gleichzeitig seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten administrativer Natur in Frankreich an der Konferenz der belgischen Eisenbahnen überhaupt nicht und die Vertreter der französischen Bahnen nur zum Teil und nur in geringer Anzahl teilnehmen können. Infolge der Abwesenheit der erwähnten Delegierten wurde die Frage der Verbindung zwischen Warschau und Paris über Berlin von der Tagesordnung abgesetzt. Man trat in die Beratung über den Verkehr zwischen den baltischen Staaten und der Schweiz und Frankreich ein, sowie über die Frage der Verbindung Warschaus mit der Schweiz und Warschaus mit Rom. An den Beratungen nehmen die Vertreter folgender Länder teil: Österreich, Tschechoslowakei, Estland, Frankreich, Lettland, Schweiz und Italien. Erschienen ist auch der Vertreter der internationalen Schlafwagengesellschaft, Generalinspektor Witthoff.

Aus der polnischen Presse.

Polens Außenpolitik und das russische Problem.

Im Leitaufsatz seiner Nr. 9 beschäftigt sich der „Wiarus Polski" mit der gegenwärtigen außenpolitischen Lage Polens. Er kommt dabei auch auf das russische Problem und seine Bedeutung für Polen zu sprechen und schreibt:

„Das russische Problem kann die Grundlage einer neuen Gruppierung der Staaten des europäischen Festlandes werden. Zwei Zukunftsmöglichkeiten rücken dabei am meisten in den Vordergrund. Die eine — eine Gruppierung unter englischer Führung, die andere — eine französische Gruppierung. England will unter seiner Führung einen Block schaffen, der Deutschland, Italien, Spanien und Polen umfassen soll. Dabei wird von der Voraussetzung ausgegangen, daß Polen aufhören wird, den Wall zu bilden, der Rußland von Deutschland trennt. Der französische Block würde sich aus Frankreich, Belgien, Polen und der Kleinen Entente zusammensetzen. Bei jedem dieser beiden Pläne wird mit der Gewinnung Rußlands für den betreffenden Block gerechnet.

Polens herzliche Beziehungen zu Frankreich sind bekannt. Es liegt nicht im Interesse Polens, daß diese Beziehungen sich ändern. Die Sache wird jedoch erschwert durch die Ansprüche Tschechiens auf Grund des französisch-tschechischen Vertrages. Da es ihm nicht gelang, für sich einen Korridor nach Rußland durch Ostgalizien zu schaffen, sucht Herr Benesch jetzt auf andere Weise seine Absicht zu verwirklichen. Nachdem er einen Vertrag mit Frankreich geschlossen hat, will er einen Vertrag mit Rußland schließen und dann als kleiner Vermittler zwischen den Großmächten einen russisch-französischen Vertrag herbeiführen, damit ganz Polen ein Korridor für Tschechien wird, natürlich ausschließlich im tschechischen Interesse.

Die Lage für Polen gestaltet sich unter diesen Umständen folgendermaßen: Ein Bündnis zwischen Frankreich und Rußland wäre für Polen erwünscht, jedoch nur unter der Bedingung, daß Polens Verhältnis zu Frankreich darunter nicht leidet. Die Frage der Anerkennung der Sowjets durch Frankreich muß Polen zu großer Wachsamkeit zwingen.

Ferner kommt die Kleine Entente in Betracht. Ihre Spitze ist gegen Ungarn gerichtet, während zwischen Polen und Ungarn keine Streitfragen bestehen. Ebenso richtet sich die Kleine Entente mit Rücksicht auf Südslawien gegen Italien. Es liegt nicht in Polens Interesse, sich dem italienischen Staat gegenüberzustellen. Im Gegenteil, es muß darauf bedacht sein, gute Beziehungen mit Italien wegen dessen internationaler Bedeutung zu unterhalten. Aus dem ganzen Komplex der politischen Fragen, die der Lösung harren, haben wir nur einige herausgegriffen. Aber schon sie allein zeigen, wie sehr überlegt und geschickt die Arbeit des neuen polnischen Außenministers sein muß. Es warten seiner ungemein wichtige Aufgaben. Schon einmal haben wir hervorgehoben, daß es ohne gute Staatsfinanzen keine gute Auslandspolitik geben kann. Das eine paart sich mit dem anderen. So ist denn die Sanierung der polnischen Finanzen eine Notwendigkeit, sowohl für unsere Innenpolitik, als auch zur Hebung der Autorität Polens im Auslande, die in den letzten acht Monaten so sehr herabgesetzt wurde. Polen hat die Achtregierung sehr zu spüren bekommen.

Pilsudskis Bedingungen.

Der „Kurjer Poranny" veröffentlicht ein längeres Interview mit Pilsudski. Danach ist es richtig, daß Pilsudski bereit war, den Posten des Kriegsministers anzunehmen, als sich seinerzeit Thugutt mit diesem Vorschlag an ihn wandte. Er stellte damals eine Reihe von Bedingungen, die er wie er sich ausdrückte, auch dem eigenen Bruder gestellt haben würde. Thugutt nahm sie an, aber die Ereignisse nahmen bekanntlich einen anderen Gang. Bei der Bildung des Kabinetts Grabski äußerte der Kriegsminister Gen. Sosnkowski den Wunsch, daß Pilsudski wieder in die Armee eintreten möchte, und letzterer erklärte sich auch damit einverstanden, aber unter einer Reihe von Bedingungen, die er in dem Interview ausführlich begründet. Der „Dz. Pozn." meint, aus dem Interview gewinne man allgemein den Eindruck, daß Pilsudski ein höheres selbständiges Amt in der Armee habe schaffen wollen, das von anderen Behörden unabhängig gewesen wäre. Es sei ihm um den Vorsitz in dem engeren Kriegsrat zu tun gewesen und im Falle irgendeines Konfliktes um den Oberbefehl über das Heer.

Die verhexte Stadt.

Eine heitere Spitzbubengeschichte von Karl Ettlinger.

(41. Fortsetzung.)

Funke erkannte die gute Frau, die nach ihrem Morphiumrausch so sanft und ängstlich gewesen war, nicht wieder. Das war ja eine Furie! Sie trat hervorragend patzig, geradezu aufrührerisch auf: ihr Mann, der Chorist, hatte sie aufgehetzt. Sie kam gerade vom Rechtsanwalt, den sie beauftragt hatte, die Direktion des Kurtheaters auf Zahlung einer lebenslänglichen Rente zu verklagen; sie behauptete nämlich, seit jener im Dienste erlittenen Betäubung an seltsamen Zuständen zu leiden, und sie hatte unter Anleitung ihres Mannes bereits ausgezeichnet Nervenzucken und Ohnmächtigwerden gelernt.

Sie sagte Funke ins Gesicht, er sei an dem Ruin ihrer Gesundheit schuld, weil er sie damals trotz der Mahnung des Arztes unmittelbar nach dem Erwachen vernommen habe. Und wie grob er sie dabei angefahren habe! Den Tod hätte sie davon haben können. Und sie stimmte mit der Cantelli um die Wette ein Tränenduett an.

Der Assessor wünschte sich und ganz Breckendorf zu allen Teufeln. War ihm denn die ganze Welt aufsässig? — Der Bürgermeister war sein geschworener Feind, der Polizeipräsident machte ihm alle Nasenlänge die heftigsten Vorwürfe, der Kurdirektor beschuldigte ihn, den Kurort um seinen Ruf zu bringen, die Einwohner machten ihn für ihre leerstehenden Zimmer verantwortlich, der Theaterdirektor nannte ihn den Mörder der Saison, die Kurgäste schimpften über ihn wegen der Bahnhofskontrolle, der Besitzer des Orpheums hatte mit einer öffentlichen Protestversammlung der Artisten gegen die Verhaftung seines Stars gedroht, ja sogar das zahme „Breckendorfer Tageblatt" hatte sich kürzlich, wenn auch an versteckter Stelle, eine boshafte Anspielung gegen ihn erlaubt, — und nun sollte er auch noch die Nervenzuckungen dieser Garderobemamsell auf dem Gewissen haben?

„Ich quittiere meinen Dienst!" nahm er sich fest vor. „Die Entlarvung der Cantelli ist meine letzte Tat als Leiter der Kriminalabteilung und zugleich ein glänzender Abgang. Lieber Steine klopfen, als Hüter der öffentlichen Ordnung sein! Ich hab's satt, bis oben hin satt!" Einstweilen aber hatte er noch sein Amt auszuüben und mit den übrigen Würdenträgern die Loge des Maharadscha zu zieren.

Das Neueste war, daß die Cantelli in den Hungerstreik getreten war, jede Nahrungsaufnahme verweigerte, um „auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege" ihre Enthaftung zu erzwingen. Auch gut! Mochte sie verhungern, wenn sie's nicht anders wollte! Freilassen würde er sie unter keinen Umständen.

Wenn sie aber trotz aller Indizien unschuldig war? Es waren da immerhin einige Punkte, die ihm nicht ins Konzept paßten. So behauptete Bohnkraut, in dem Tagebuch hätte gestanden, sie sei geborene Italienerin. Die Cantelli aber war eine gute Deutsche, die Tochter des Schneidermeisters Xaver Dotzert aus Alling bei Regensburg. Daran war nicht zu zweifeln. O dieser Bohnkraut! Das war auch so ein Unhold in Menschengestalt, der einem das Leben schwer machen konnte! Da unten lief er zwischen dem Publikum umher, die unvermeidliche Shagpfeife im Schnabel, und ließ sich's wohl sein. Wenn nur der Dampfer untergegangen wäre, auf dem dieser Unglücksrabe europawärts schwamm!

*

Die Schauflüge waren vorüber, die Menge drängte zu der großen Restaurationshalle, auf deren Podium die Preisverteilung vor sich gehen sollte. Die Meinungen über den Verlauf des Fliegens waren sehr geteilt; die meisten Zuschauer hatten mehr erwartet. Was sie aber eigentlich erwartet hatten, konnten sie nicht angeben. „Ich gehe!" sagte der Maharadscha. „Es war sehr schön!"

„Gott sei Dank," dachte der Bürgermeister, „der Anblick der Sturzflüge hat ihm den Appetit zum Spazierenflattern verdorben." Bevor aber der Fürst die Loge verlassen konnte, nahte sich ihm der Kurdirektor, machte eine demütige Verbeugung und flüsterte: „Gestatten Hoheit, daß ich Hoheit das Ergebnis des heutigen Festes mitteilen darf. Es sind an Eintrittsgeldern neuntausendsechshundertvierzig Mark eingegangen, von denen die Hälfte zur Linderung der Hungersnot in Eurer Hoheit sonniger Heimat bestimmt ist. Ich bitte Eure Hoheit untertänigst, diese Schatulle, in der sich viertausendachthundertzwanzig Mark in Goldstücken befinden, huldvollst entgegennehmen zu wollen und darin zugleich ein Zeichen der Liebe und Verehrung erblicken zu wollen, die Eure Hoheit sich in unserer aller Herzen in so überreichem Maße zu erwerben verstanden haben."

Der Fürst nahm die Schatulle und gab sie einem der beiden Diener zur Aufbewahrung. „Ich danke meinen lieben Breckendorfern!" sagte er. Er erhob sich, richtete noch einmal an den Bürgermeister das Wort: „Ich hoffe, die Herren morgen vor meiner Abreise im Hotel zum Frühstück zu begrüßen", und schritt würdevoll von dannen. Ehrerbietig machten die Menschen ihm Platz.

„Fünf ganze Worte des Dankes!" brummte mißmutig der Kurdirektor. „Und dafür macht man sich eine solche Arbeit! Die Hoheiten tun sich leicht." — „Lassen Sie sich nur keine grauen Haare wachsen!" spottete Funke boshaft. „Sie kriegen schon morgen früh Ihren indischen Orden!"

Diese Bemerkung ärgerte den Polizeipräsidenten, der nicht minder Anspruch auf eine indische Auszeichnung zu haben glaubte. „Sie gewöhnen sich eine merkwürdige Art an, von erlauchten Persönlichkeiten zu sprechen, Herr Assessor! Ein gutes Beispiel ist es gerade nicht, das Sie der Bevölkerung damit geben!"

(Fortsetzung folgt.)

Nach dem Attentat von Speyer.

Einzelheiten des Attentates.

Speyer, 10. Januar. Zur Erschießung des „Präsidenten" der „autonomen Pfalz-Regierung" erfahren wir noch: Die Mordtat, der die fünf Separatisten zum Opfer fielen, geschah in dem Speisezimmer des Hotels „Wittelsbacher Hof". Unter den Gästen befanden sich zwei französische Offiziere, die unter den Drohworten der Täter gleichfalls die Hände hochheben mußten. Die französische Besatzung hat sich den gestrigen Ereignissen gegenüber bisher neutral verhalten. Die Stimmung in der Bevölkerung ist sehr gut. Die Zeitungen bringen über die Ermordung den Bericht der „autonomen Pfalz-Regierung" und müssen ihre Meldungen der Zwangslage anpassen, andernfalls sie Gefahr laufen, von den Separatisten verboten zu werden. Die Nachrichtenübermittlung aus den von den Separatisten bedrohten Gebieten ist infolge der sehr scharfen Telephonzensur außerordentlich erschwert. Im „Mannheimer Generalanzeiger" befinden sich weitere Darstellungen der Tat, die von den Angaben der englischen und französischen Blätter insofern abweichen, als der Anschlag nicht im „Wittelsbacher Hof" selbst, sondern auf dem Wege, etwa 50 Meter davon in der Nähe eines großen Bankgebäudes vor sich gegangen sein soll. Heinz-Orbis erhielt einen Kopfschuß und war sofort tot.

Festnahme von Geiseln.

Zweibrücken, 10. Januar. Auf die Meldung von dem Speyerer Attentat traf von der „Regierung der autonomen Pfalz" kurz nach Mitternacht ein „Regierungskommissar" hier ein. Als Geiseln wurden noch in der Nacht festgenommen der Präsident des Oberlandesgerichts der Pfalz Bellabel, der Oberstaatsanwalt am Oberlandesgericht, König, der Vorstand des Bezirksamtes, Oberregierungsrat Pöhlmann, und der Stadtrat Dr. Lehmann (D. Vp.) Die Festgenommenen befinden sich im Bezirksamtsgebäude.

Repressivmaßnahmen.

Nach einer Meldung aus Mainz hat General de Metz in Speyer auf Grund der Ermordung der Separatistenführer die nachfolgenden Maßnahmen beschlossen: 1. Die Einreise nach der Rheinpfalz wird sämtlichen Personen aus dem besetzten Gebiet, die in der Pfalz nicht ansässig sind, untersagt. 2. Die Rheinbrücken werden für den Verkehr gesperrt. 3. Die Brücke von Ludwigshafen nach Mannheim steht zu bestimmten Stunden für das Publikum offen, besonders um die Verpflegung der Stadt zu sichern. 4. In der Stadt Speyer wird der Verkehr von 7 Uhr abends bis 8 Uhr früh untersagt. Die Restaurants, Cafés usw. müssen während der genannten Zeit geschlossen bleiben. Sämtliche Ansammlungen sind streng verboten.

Diese von General de Metz verhängten Sanktionen über die gesamte Rheinpfalz deuten darauf hin, daß es dem General weniger darauf ankommt, die Ermordung der Separatistenführer zu sühnen, als den Vorfall zum willkommenen Anlaß weiterer Drangsalierungen und Vergewaltigungen der Pfälzer Bevölkerung, die dadurch für ihre Reichstreue bestraft werden soll, zu nehmen.

Die Stellungnahme Berlins.

Berlin 11. Januar. Die Regierung Marx hat ein Kommuniqué über die Vorfälle in der Pfalz veröffentlicht. Dieses mißt die Schuld an dem Attentat den Okkupationsbehörden bei wegen der Unterstützung der Separatisten. Zugleich legte die deutsche Regierung in Paris und Brüssel Protest ein gegen die Verhaftung von Geiseln aus Anlaß der Ermordung der Separatisten.

Terror der Größenwahnsinnigen.

Speyer, 11. Januar. Ein separatistischer „Bezirkskommissar" hat den Bürgermeistereiämtern seines Bezirkes folgende „Verordnung" zugehen lassen: „1. Der Bürgermeister hat sofort eine Sitzung des Gemeinderates einzuberufen und diesem folgendes zur Kenntnis zu bringen: a) Die Regierungsgewalt innerhalb der Pfalz liegt einzig und allein in den Händen der „Regierung der Autonomen Pfalz" in Speyer; b) wer in Wort, Tat und Schrift die Sache der „Regierung" bekämpft, oder die „Verordnungen" und „Befehle" derselben zu sabotieren versucht, hat Strafverfolgung mit aller Schärfe zu gewärtigen. 2. Für Ruhe und Ordnung innerhalb des Ortsbereiches ist die Gemeinde verantwortlich und haftet mit ihrem gesamten Vermögen für die Fälle, die als „Widersetzlichkeit" gegenüber der „Regierung" zu betrachten sind. Insbesondere wird in Erinnerung gebracht, daß das Standrecht verhängt wurde. 3. Plakate usw. sind auf „Anordnung" der „Regierung" oder deren Unterorgane nach Zustellung sofort an der Gemeindetafel und sonstigen sichtbar verkehrsreichen Stellen innerhalb der Gemeinde anzubringen, bzw. durch die örtlichen Stellen bekannt zu geben. 4. Versammlungen, Umzüge und sonstige Veranstaltungen, gleich welcher Art, müssen drei Tage zuvor beim „Bezirksamt" („Komissariat") angemeldet werden und bedürfen der Genehmigung. Die diesbezügliche Ordonnanz der Besatzungsbehörden wird hiervon nicht berührt.

Pirmasens, 4. Januar. Der größte Teil der Landgemeinden, deren Bürgermeister unter dem Druck der Gewalt Loyalitätserklärungen für die Separatisten abgegeben haben, haben diese Erklärungen widerrufen. Die noch ausstehenden Gemeinden werden dieser Tage jedenfalls ihre Stellungnahme gegenüber den Separatisten zum Ausdruck bringen.

Ein Galizier als Separatist.

Speyer, 11. Januar. General de Metz hat der Ernennung eines aus Galizien stammenden Kaufmannsgehilfen namens Sulzberg zum „Bezirkskommissar für Speyer" durch die „Autonome Regierung der Pfalz" zugestimmt. Dagegen hat er eine Köchin für die Kreisirrenanstalt Klingenmünster abgelehnt, weil sie aus dem rechtsrheinischen Bayern stammt. Besser als durch große Aufsätze wird die Lage in der Pfalz durch die obige Gegenüberstellung von „Regierungsmaßnahmen" der Separatisten in der Pfalz gekennzeichnet. Angeblich ist die separatistische Bewegung aus der Forderung der Rheinländer hervorgegangen: Das Rheinland den Rheinländern! Wenn aber jetzt an Stelle der vertriebenen eingesessenen pfälzischen Beamten nichtdeutsche Elemente an deren Stelle gesetzt, auf der anderen Seite jedoch harmlose rechtsrheinische Dienstboten aus den rheinischen Gebieten ferngehalten werden, so weiß man, was von der Parole der Separatisten zu halten ist.

Englische Beunruhigung.

London, 10 Januar. In verantwortlichen englischen Kreisen dauert die Beunruhigung über die Vorgänge in der Pfalz fort. Aus den letzten Erklärungen geht hervor, daß die Separatistenregierung unter Zustimmung der Rheinlandkommission überall in Bildung begriffen ist. Die Erklärungen französisch-belgischer Regierungskreise stellen nach Londoner Auffassung nur weitere Ausflüchte dar. Man wiederholt hier den englischen Standpunkt, wonach die Bildung selbständiger Staatswesen innerhalb des Reiches eine Verletzung des Versailler Instrumentes bedeute, da nur das Reich als solches Verpflichtungen gegenüber den Alliierten übernommen habe.

Der Erfolg Poincarés bei den Senatswahlen

Zu dem Ergebnis der französischen Senatswahlen schreibt die konservative „Morning Post", daß Poincaré allen Anlaß habe, zufrieden zu sein. Wenn man nach dieser Wahl urteilen könne, so werde Poincaré bei den Neuwahlen das Land für seine auswärtige Politik hinter sich haben, denn die auswärtige Politik Frankreichs sei seine hauptsächliche Sorge. Denn die Verteuerung der Lebensmittel, die so viel böses Blut in Frankreich macht, sei nur die Folge davon, daß Deutschland keine Reparationen zahle. Alles spreche somit dafür, daß das französische Volk Poincaré und seine auswärtige Politik kräftig unterstützen werde. Man höre immer von einem „wahren Frankreich", das dem Humanitätsideal zugetan, mit der auswärtigen Politik seiner Regierung nicht zufrieden sei. „Wir fragen uns," fährt das Diehard-Blatt fort, „ob dieses mysteriöse Land irgendanderswo als in der Einbildung unserer deutschen Freunde bestehe, die es unseren Nachbarn niemals verzeihen können, daß sie zwei Invasionen überlebt haben und jetzt entschlossen sind, es zu keiner dritten kommen zu lassen." Das praktische französische Volk wolle nichts von diesem „wahren Frankreich" wissen, sondern wolle seine Sicherheit haben. Deshalb würden die neugewählten Senatoren Poincaré unterstützen. Sollte aber Poincaré einmal gestürzt werden, dann könne man sicher sein, daß sein Nachfolger die Ruhrpolitik fortsetzen werde. (Zweifellos richtig! D. Schriftltg.)

Poincaré als Bestechungsdirektor.

In den seit einiger Zeit veröffentlichten Enthüllungen der „Humanité" wurde am 7. d. Mts. ausführlich der Name Poincarés erwähnt. Es handelt sich um einen Brief des ehemaligen Pariser russischen Gesandten Iswolski: Im Oktober 1912 an den russischen Außenminister Ssasanow. Iswolski beklagte sich in dem Schreiben über das erschütterte Vertrauen der französischen Finanzkreise zu Rußland wegen der Balkankriege. Er hält es weiter für zweckmäßig, daß die Auszahlung der russischen Gelder, die 1906 an die französische Presse mit Hinblick auf die russische Anleihe erfolgt war, wieder aufgenommen werde und 300 000 Franken innerhalb von sechs Monaten an die einzelnen Blätter zur Verteilung gelangen sollen. Er schreibt:

„Die Ausführung dieses Planes muß unserem Finanzattaché anvertraut werden, der große Erfahrungen darin besitzt. Es kommt darauf an, ein solches Unternehmen nicht ohne vorherige Benachrichtigung Poincarés und ohne seine Einwilligung zu unternehmen; denn günstige Resultate kann man nur unter dieser Voraussetzung erhoffen. Die französischen Staatsmänner haben in Geschäften dieser Art große Erfahrung. Aus meiner Unterredung mit Poincaré habe ich den bestimmten Eindruck gewonnen, daß er bei den vorliegenden Geschäften seine Unterstützung gewährt und den günstigen Plan zur Verteilung der Gelder anzeigen wird."

Ein amerikanisches Urteil.

Über das Wüten der französischen Kriegsgerichte im besetzten Gebiet urteilt der amerikanische Senator La Folette auf Grund einer eigenen Untersuchungsreise in einem soeben hier eingetroffenen Artikel, der in der gesamten Hearst-Presse erschienen ist, wie folgt:

„Eine wichtige Erscheinung in den Versuchen, den Geist der Ruhrbevölkerung zu brechen, ist das Wüten der Kriegsgerichte. Die Gerichte handeln auf Grund der Gesetze einer Armee im Felde auf feindlichem Boden. Ihre Willkür übersteigt jegliche Vorstellung. Sie sind keiner Regel in der Beweisaufnahme und keiner Strafprozeßordnung unterworfen. Der Wille des französischen Offiziers, der den Vorsitz führt, ist für das Urteil und das Strafmaß ausschlaggebend. Gefangene werden im Gefängnis monatelang gehalten ohne daß es zu einer Verhandlung kommt oder ohne zu wissen, was für Anklagen gegen sie erhoben werden. Der Schrecken der Kriegsgerichte wird erhöht durch die unterirdische Aktivität der geheimen Polizei, die größtenteils aus französischen Detektivs besteht aber auch aus der Hefe der deutschen Bevölkerung aus Lockspitzeln und Informatoren die unter französischem Schutz für etliche 50 Franken arbeiten."

Thom Shaw über die deutsche Not.

Der englische Arbeiterführer und erste Sekretär der zweiten Internationale, Tom Shaw, dessen Name in letzter Zeit im Zusammenhang mit der künftigen Besetzung des Auswärtigen Amtes genannt wurde, hat unlängst eine Reise nach Deutschland unternommen, deren Eindrücke er im „Star" widergibt. Shaw bestätigt, daß es allerdings auf den ersten Augenblick so aussehen könne, als ob es den Deutschen ganz gut gehe, da die Restaurants, die Vergnügungsorte und Eisenbahnen überfüllt seien. Außerdem habe das deutsche Volk schon vor dem Kriege die Gewohnheit gehabt, seine Armut zu verbergen und dies tue es noch heute. Blicke man aber etwas tiefer, so sähe man hinter der Oberfläche Hunger, Armut und zunehmende Arbeitslosigkeit. Es steht fest, daß der Arbeiter nur ein Drittel von dem kaufen könne, was er vor dem Kriege kaufte, da die Kaufkraft der Löhne in diesem Umfange abgenommen habe. Es sei einfach ein Hohn, wenn man während der Wahlen in England damit agitiert habe, daß Deutschland keine Arbeitslosigkeit kenne. In Berlin allein seien 420 000 Arbeiter entweder gänzlich oder teilweise unbeschäftigt. Die deutschen Textilarbeiterorganisationen, die 700 000 Mitglieder besitzen, zählten 75 Prozent Arbeitslose. Die freien Berufe seien ruiniert. Da sei es kein Wunder, daß man in ganz Berlin Suppenküchen sehe und daß man fürchte, daß die Unterernährung der Kinder dem deutschen Volke eine dauernde Narbe einprägen werde. Trotz dieses offensichtlichen Elends, fährt Shaw fort, gebe es aber noch eine Presse, die von der „Blüte Deutschlands" spricht, das die Alliierten um die Reparationen betrüge. Wenn die Sache vom menschlichen Standpunkt aus nicht so ernst und vom politischen aus nicht so gefährlich wäre, so könnte man über die Rothermere-Journalisten lachen, die immer nur den Machiavellismus Deutschlands im Munde führen. Shaw fährt fort, in den letzten Wochen sei eine gewisse Besserung eingetreten, die auf die Stabilität der Rentenmark zurückgehe. Sollte aber diese Stabilität sich als trügerisch erweisen, dann drohe die Gefahr einer Diktatur, sei es eine Rechts- oder Linksdiktatur, und diese Gefahr sei immer lebendig, so lange die Alliierten nicht zu einer vernünftigen Vereinbarung mit Deutschland gelangten. Von allen Irrtümern der Geschichte sei keiner größer, als der, daß man den Deutschen nicht erlaubt habe, Frankreich und Belgien mit eigenen Mitteln und mit eigener Arbeit wieder aufzubauen. Wenn das Rheinland und das Ruhrgebiet zu einem zweiten Elsaß werden, dann müsse der Himmel Europa behüten ... Der Artikel schließt mit dem Wunsche, daß das neue Jahr Europa eine wahre Versöhnungspolitik bringen möge die allein imstande sei, die großen Wunden am Körper der Menschheit zu heilen.

Deutsches Reich.

Die wirtschaftlichen Grundlagen der Rentenbank.

Am 8. Januar hielt Geheimrat Hillger, Mitglied des Verwaltungsrates der Rentenbank und Vorsitzender des Reichslandbundes, einen Vortrag über dieses Thema. Zur Stabilhaltung der Rentenmark müsse der Staat unter allen Umständen das Budget ausbalancieren. Hillger glaubt, daß der Reichsfinanzminister in seinen dahingehenden Bemühungen Erfolg haben werde, doch müßten immerhin die Ausgaben für das Ruhrgebiet und besonders für die Besatzungskosten, deren Bezahlung der Reichskanzler vor kurzer Zeit angekündigt hat, bedenklich stimmen. Die Wirtschaft müsse die Bestrebungen der Rentenbank unterstützen durch rücksichtslosen Preisabbau und ebenso die arbeitende Bevölkerung durch Abbau der Arbeitssyndikate, eine vernünftige Lohnpolitik und eine vernünftige Regelung der Arbeitszeit.

Zum Schluß wies Geheimrat Hillger darauf hin, daß die Rentenmark mehrfach gesichert sei, einmal durch die Belastung der Wirtschaft, dann aber auch durch den Staat, der die Rentenmark als Kredit erhält, ferner durch die Wirtschaft selbst, die an der Wertbeständigkeit der Rentenmarkkredite interessiert sei.

Zuchthaus für einen französischen Spion.

Vor dem Reichsgericht in Leipzig hatte sich der 33 Jahre alte tschechische Staatsangehörige Hans Massanek wegen Spionage zu verantworten. Massanek wollte seine Arbeitskollegen aus dem Deserteurlager Altengrabow nach Amerika hinüberführen, aber nicht mit dem Auswandererschiff, sondern durch das besetzte Gebiet und über Frankreich. Erst sollten sie im Ruhrgebiet tüchtig Geld verdienen, dann sollte es weiter gehen. Ein halbes Dutzend junger Burschen und ergrauter Familienväter waren bereits nach Berlin gefahren. Da wurde Massanek auf Veranlassung eines Werkmeisters verhaftet. Vor dem Reichsgericht stellte sich folgendes heraus: Massanek war von den Franzosen herübergeschickt worden, um deutsche Arbeiter für die Regieeisenbahnen und Ruhrbergwerke oder gar für die Fremdenlegion anzuwerben. Er hatte schon im besetzten Gebiet den französischen Behörden Spionagedienste geleistet. Das Reichsgericht bestrafte den Angeklagten mit **10 Jahren Zuchthaus.**

** **Anklage gegen den thüringischen Minister Herrmann** wurde vom Oberstaatsanwalt wegen Falschbeurkundung und Urkundenbeseitigung (§§ 348—349 des Strafprozeßbuchs) erhoben. Der Haftbefehl wurde durch die Strafkammer bestätigt. Desgleichen der Haftbefehl gegen Regierungsassessor Kunze. Infolge der vom Reiche vorgenommenen Kontrolle wurde ein Regierungsrat und ein Major von der Landespolizei vom Dienst suspendiert.

** **Zum Bürgermeister von Hamburg** und Präsidenten des Hamburger Senats wurde am 9. d. Mts. Dr. Karl Petersen, bisher Vorsitzender der deutschen demokratischen Partei im Reiche, gewählt.

** **Ermäßigung der deutschen Gütertarife.** Das Reichsverkehrsministerium hat sich entschlossen, die Gütertarife ab 20. Januar um 8 Prozent zu ermäßigen. Man hofft, daß die daraus entspringende Belebung des Güterverkehrs die Mindereinnahme ausgleichen wird.

** **Arbeitslosenputsch in Mecklenburg.** Die Erwerbslosen der Stadt Schwaan in Mecklenburg hatten keine Lust, die ihnen aufgetragene Arbeit des Schneeschaufelns zu verrichten. Aus diesem Grunde wurde ihnen die Arbeitslosenunterstützung entzogen. Hierauf rückten die Erwerbslosen vor das Schwaaner Rathaus und sperrten die Mitglieder des Magistrats und die dort arbeitenden Beamten vom Morgen bis mittags 1 Uhr ein. Hierauf wurden die „Gefangenen" entlassen und ihnen aufgetragen, um 3 Uhr wieder zu Verhandlungen zu erscheinen.

** **Der Berliner Magistrat in Nöten.** Der Berliner Magistrat lehnte den Antrag auf Erhöhung der Grundsteuer ab. In der nächsten Sitzung soll über einen Antrag, betreffend die Erhöhung der Abgaben von unbebauten Plätzen gesprochen werden. Wenn dieser Antrag abgelehnt wird, so muß der Berliner Magistrat seine Zahlungen einstellen.

Aus aller Welt.

Neue Tangernote Spaniens.

Madrid, 10. Januar. General Primo di Rivera richtete an England und Frankreich eine Note, in der er um Abänderung des Tangerstatuts unter größerer Berücksichtigung der spanischen Interessen ersuchte und der Hoffnung Ausdruck gab, daß den berechtigten Forderungen Spaniens Genüge getan werde.

Verschwörung in Japan.

Nähe des Kaiserlichen Palastes ist eine Verschwörung aufgedeckt Nähe des kaiserlichen Palastes ist eine Verschwörung aufgedeckt worden, die zur Ermordung des Prinzregenten an seinem Hochzeitstage führen sollte.

Politischer Mord in Mexiko.

Neuyork 10. Januar. (T. U.) Präsident Obregon hat ein Kommuniqué veröffentlicht in dem er mitteilt, daß der Gouverneur von Yucatan von den Aufständischen ermordet wurde, weil er sich weigerte, zu ihnen überzutreten. Der Gouverneur sei im Theater erdolcht worden. Die Bundesregierung beabsichtige, den Besitz der Mörder zu beschlagnahmen.

Die Kampflage in Mexiko.

Nach einer Havas-Meldung aus San Diego ist die Nachricht von der Einnahme der Stadt durch die Aufständischen unzutreffend. Die Anhänger Obregons seien Herren der Stadt. Es befänden sich in der Nachbarschaft nicht genügend aufständische Truppen, um den Hafen der Gefahr eines aufständischen Putsches auszusetzen. Die Regierungstruppen haben außerdem den Hafen von Tampico vollständig in ihrem Besitz.

Letzte Meldungen.

Die belgische Antwort an Deutschland eingehändigt.

Brüssel, 12. Januar. (Pat.) Die Zeitungen melden, daß Minister Jaspar dem deutschen Geschäftsträger Rediger gestern die belgische Antwort auf die letzte deutsche Note einhändigte.

Die Konferenz der Kleinen Entente.

Belgrad, 12. Januar. (Pat.) Am 10. d. Mts. nachmittags traf der rumänische Außenminister Duca ein. Gleich darauf begann unter dem Vorsitz von Nintschitsch eine Beratung der Außenminister der Kleine Entente. Es wurde das Konferenzprogramm besprochen. Auch die russische Frage wurde berührt und betont, daß in dieser Angelegenheit die Kleine Entente sich den Großmächten anschließt und eine abwartende Haltung einnimmt. Dr. Benesch verläßt am Sonntag Belgrad und reist nach London.

Die Frage der ungarischen Anleihe.

Belgrad, 12. Januar. (Pat.) Über die gestrige Sitzung der Außenminister der Kleine Entente wurde folgendes amtliche Kommunikat ausgegeben: Auf der Sitzung, die am Freitag nachmittag stattfand, begannen die Minister Benesch, Duca und Nintschitsch, die vollkommen einer Meinung über verschiedene politische Fragen und über die auswärtigen Beziehungen ihrer Staaten waren, die Diskussion über die Frage der ungarischen Anleihe.

Venizelos bildet ein Kabinett.

Athen, 12. Januar. (Pat.) Venizelos erhielt den Auftrag der Kabinettsbildung. Die Minister, die in sein Kabinett eintreten wollen, leisten heute den Eid.

Handelsvertrag Tschechiens mit der Türkei.

Prag, 12. Januar. (Pat.) Die „Prager Presse" meldet, daß zwischen der Tschechoslowakei und der Türkei ein Handelsvertrag auf Grund der Meistbegünstigungsklausel abgeschlossen wurde. Der Vertrag wird überdies den Rechtszustand der tschechoslowakischen Bürger in der Türkei legalisieren.

Dr. Fritz Rothholz
Alina Rothholz geb. Bergmann
Vermählte
Poznań, im Januar 1924.

Junge Witwe, oh. Anh., w., einen sol. Herrn **zwecks Heirat** kennen zu lernen. Witwer m. K. angenehm. Off. u. **T. 4871** an die Geschäftsst. d. Bl. erb.

Inspektor, Mitte 30. kath., w. vermög., wünscht wirtschaftl. Dame zwecks

bald. Heirat

kennen zu lernen. Offert. mit Bild unter **P. 4773** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Schafwolle gewaschen und ungewaschen
Fabrikkartoffeln, Roggen, Hafer, Gerste (Braugerste), Peluschken, Wicken, Erbsen, Seradella kauft **waggonweise,** zahlt **Höchstpreise** und bittet um bemusterte Preisofferten

A. Pfitzner, Spółka Handlowo-Przemysłowa
Poznań, Stary Rynek 6. (Büroeingang ul. Wiankowa).
Telephon 1378. Telegr.-Adr.: „Apfitzner"

Schnell! Sachgemäß! Preiswert!

Reparatur von Dampfpflügen
Lieferung u. Anfertigung von Ersatzteilen aller Systeme, auch SYSTEM HEUCKE, durch unser Werk Rotsürben.

Prankel, G. m. b. H., Breslau II. Claassenstr. 9. Telephon: Ohle 4690.
Aeltestes Dampfpflug-Unternehmen Ost-Deutschlands.
Voranschläge u. Vertreterbesuch kostenfrei.

Hufstollen
Original Leonhardt Nr. 8, ½" Gewinde sofort ab Lager lieferbar
Danzig-Kattowitzer Eisen- u. Metall-Handelsgesellschaft m. b. H.
Danzig-Schellmühl, Broschkischer Weg 16.
Telephon 2039 u. 3149.

Wir sind laufend Abnehmer auf wertbeständiger Basis für gute, gesunde

Fabrik-Kartoffeln und Kartoffelflocken
in ganzen Waggonladungen und bitten um Angebot.
Telephon: Sammelnummer 4291.
Landwirtschaftliche Hauptgesellschaft T. z o. p.,
Poznań, ul. Wjazdowa 3.
4786)

Kaufen jeden Posten

Schafwolle
(ungewaschen) zu den höchsten Tagespreisen
auf Basis fester Valuta.
Spółka Akcyjna „ROLA"
w Poznaniu, św. Marcin 48
Telephon 2895 i 2896. Telegr.-Adr.: „Rola Poznań".

Zur Beachtung!
Bei allen Anfragen, die eine **Rückantwort** erfordern, ist unbedingt das **Porto** beizufügen. Bei den hohen **Postspesen** müssen wir hierauf dringen, da sonst die Anfragen **unberücksichtigt** bleiben.

Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.,
Versand-Buchhandlung und „Posener Tageblatt".

Junge musikal. Dame, deutsch-katholisch, 24 J., dunkel, 1,70 m gr., Lyc.-Bild. wirtsch. erz., vermögend, wünscht

Lebenskameraden
zwecks Heirat in gutsituierter Position kennen zu lernen. Off. unter **B 4857** an die Gesch. dieses Blattes. Diskretion zugesichert und verlangt.

Schafwolle
schmutzige u. gewaschene
kaufen wir und zahlen höchste Preise auf Grund fester Valuta.
Bemusterte Offerten nehmen
am 15. u. 16. d. Mts. in Toruń, Hotel „Trzy Korony", v. 9 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm., und am 17. u. 18. d. Mts. in Bydgoszcz Hotel „Pod Orłem", entgegen.

„RUNO", Towarzystwo Akcyjne
Poznań, ul. Mickiewicza 33.
Telephon: Nr. 2207, 2243, 5384, 5385.

Achtung!
Poznań, Kleine Gerberstrasse (Ecke Judenstrasse).

Spezial-Geschäft nur zum Einkauf **roher Rauchwaren** wie
Fuchs-, Marder-, Jltis-, Fischotter-, Kanin- und Hasen-
Felle, Rosshaare usw.
Nur diese Firma zahlt die höchsten Konkurrenzpreise.
Bitte um gütigen Zuspruch.

Führe als **Spezialität** und halte stets auf Lager:

Kartoffel-**Dämpfer**

Gesamtinhalt		Kartoffeln
65 Liter	=	40 Kilo
80 „	=	48 „
100 „	=	65 „
130 „	=	80 „
160 „	=	95 „
190 „	=	118 „
230 „	=	140 „
320 „	=	190 „
450 „	=	270 „

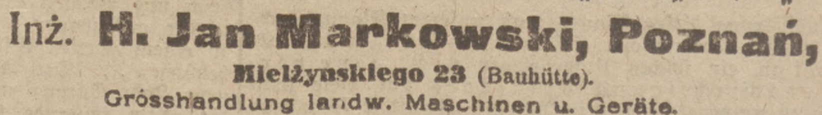
Walzen- u. Stein-**Schrotmühlen**

„Stille u. Saxonia"
Schrot- u. Quetschmühlen.

		Leistung pro Stunde	
Nr. B 2	Göpelantrieb.	ca. 350 Kilo	3—4 Pferde
Nr. C 4	Transmissionsantr.	ca. 900 Kilo	4 PS.
Nr. C 5	„	„ 1300 „	5 PS.
Nr. C 6	„	„ 1500 „	6 PS.

Original Lanz-Steinmühlen

Nr. 25	Göpelantrieb,	ca. 150 Kilo	3 Pferde
Nr. 30	„	„ 275 „	3—4 „



Inż. **H. Jan Markowski, Poznań,**
Mielżynskiego 23 (Bauhütte).
Grosshandlung landw. Maschinen u. Geräte.



Deutscher Theaterverein Posen.
Freitag, den 18. Januar 1924 im großen Saale des Zoolog. Gartens, abends 8 Uhr

Kabale und Liebe
Ein bürgerliches Trauerspiel in 5 Akten (8 Bildern) von Fr. v. Schiller.

Preise der Plätze: **1 500 000 Mk., 1 000 000 Mk.** und **600 000 Mk.,** für Schüler **300 000 Mk.** Vorverkauf bei der Fa. **Gumnior, św Marcin,** Ecke **ul. Gwarna.**

Der Saal ist gut geheizt!

Zu verkaufen: 1 Bufett, 1 Sofa mit Umbau, zwei Sessel, 1 Salontisch, ein Serviertisch u. 2 Säulen. Zu besichtigen von 3—5 Uhr nachmittags. **Poznań, Różanna 2 II r.** (Rosenstr.)

Zu verkaufen: Eine gut erhaltene **Regulatoruhr, 1 Fehkragen u. 1 Büstenständer. Poznań, Maleckiego 27 IV** (Prinzenstr.) bei Z.

Spielplan des Großen Theaters.

Sonnabend,	den 12. 1., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron".** Komische Oper von Strauß.
Sonntag,	den 13. 1., 3½ Uhr: **„Hänsel und Gretel".** Märchenoper von Humperdinck Erm. Preise
Sonntag,	den 13. 1., 7½ Uhr: **„Troubadur".** Oper von Verdi.
Montag,	den 14. 1., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron".** Komische Oper von Strauß.
Dienstag,	den 15. 1., 7½ Uhr: **„Die Hugenotten".** Große Oper von Meyerbeer
Mittwoch,	den 16. 1., 7½ Uhr: **„Der Barbier von Sevilla",** Oper von Rossini.
Donnerstag,	den 17. 1., 7½ Uhr: **„Der Zigeunerbaron",** Komische Oper von Strauß.
Freitag,	den 18. 1., 7½ Uhr: **„Sinfonie-Konzert".** (Abonnement ungültig.)
Sonnabend,	den 19. 1., 7½ Uhr: **„Lohengrin",** Romantische Oper von Wagner.
Sonntag,	den 20. 1., nachm.: **„Die Fledermaus,"** Komische Oper von Strauß. (Ermäßigte Preise).
Sonntag,	den 20. 1., 7½ Uhr: **„Rigoletto",** Oper von Verdi.

Wie die Tschechoslowakei das deutsch-böhmische Kohlengebiet ruiniert.

Der „D. A. Z." wird von einem deutschböhmischen Mitarbeiter geschrieben:

„Das im westlichen Teile Böhmens gelegene Falkenauer Kohlenrevier, das eine rein deutsche Bevölkerung aufzuweisen hat und das bisher im Wirtschaftsleben der Tschechoslowakei eine hervorragende Rolle gespielt hat, geht durch den verderblichen Einfluß einer von der Regierung gutgeheißenen verfehlten Kohlenwirtschaftspolitik einer Krise entgegen, deren Auswirkung heute noch nicht abzuschätzen ist. Es tritt immer deutlicher zutage, daß gewisse Kreise und Stellen am Werke sind, dieses deutsche Gebiet systematisch zugrunde zu richten. Nach dem letzten großen Kohlenarbeiterstreik in der Tschechoslowakei wurden im Falkenau—Karlsbader Revier Feierschichten eingelegt und weitere Entlassungen von Bergarbeitern angekündigt, die jetzt durchgeführt werden. In sieben Monaten des Jahres 1923 wurden in diesem Revier über 20 000 Feierschichten gehalten, und wenige Wochen nach dem Streik wird — trotz des empfindlichen Kohlenmangels — auf fünf Schächten wieder nur drei Tage wöchentlich gearbeitet.

Für den katastrophalen Niedergang des Reviers gibt es außer den natürlichen Ursachen, die in der verminderten Ausfuhr nach Deutschland bestehen, auch noch andere Erklärungen. Die tschechischen Wirtschaftsfaktoren, die besonders in den Jahren 1919 und 1920 ihr Herz für dieses deutsche Kohlengebiet entdeckt hatten, hatten dafür Sorge getragen, daß nach Deutschland nur schlechte Kohle ausgeführt werden durfte mit einem Frachtzuschlag von 300 Kronen zu den normalen Frachten, bis zur Grenze berechnet. Außerdem wurden von den reichsdeutschen Verbrauchern Ausfuhrprämien bis zu 1000 Kr. pro Wagen erhoben ... Dadurch war der Handel mit Deutschland bald auf ein totes Geleise gelangt, und dazu kam, daß das Falkenauer Revier eine Kohlenabgabe von 21 Prozent zu tragen hatte, und daß die Staatsbahnverwaltung den Bezug der Regiekohle aus dem Falkenauer Reviere um mehr als die Hälfte reduzierte.

Alle diese Erscheinungen und Vorgänge lassen erkennen, daß man höheren Orts ein Interesse daran hat, das Karlsbad—Falkenauer Revier zum Aussterben zu bringen. Die Situation dieses Gebietes ist heute schon so traurig, daß in der Bevölkerung bittere Not herrscht, von der sogar tschechische Zeitungen zugeben müssen, daß sie speziell hinsichtlich der hungernden Kinder so groß wie in Deutschland ist. Es ist kein Zweifel: Das deutsche westböhmische Kohlengebiet steht vor dem Ruin."

Aus Stadt und Land.

Posen, den 12. Januar.

Hirtenbrief des Kardinalerzbischofs gegen die Karnevalslustbarkeiten.

Am letzten Sonntag, dem hl. Dreikönigstag, wurde in den katholischen Kirchen ein Hirtenbrief des Kardinals D. Dalbor verlesen, in dem es heißt:

„In der Zeit von Weihnachten bis Aschermittwoch finden altem Brauch entsprechend öfter Vergnügungen mit Tanz statt. Die katholische Kirche hat gegen schlichte Unterhaltungen nichts, denn sie weiß, daß, wer arbeitet, auch ausruhen muß und Zerstreuung braucht. Wenn aber jeder gläubige Christ an sich in solchen Dingen Maß hält, so ist dies um so nötiger unter den Verhältnissen, unter denen wir heute leben. Die Bedingungen, unter denen der größte Teil der Mitbürger lebt, verlangen, daß wir in diesem Jahre von geräuschvollen und kostspieligen Vergnügungen Abstand nehmen. Das Jahr 1924 wird schwer sein; das Herz zieht sich einem zusammen bei dem Gedanken, wie es verlaufen wird. Wenn Tausende Hunger und Not leiden, diktiert uns christliches und Volksgefühl Abstandnahme von geräuschvollen Festen. Wir müssen alles vermeiden, was die bestehenden Unterschiede im sozialen Leben verschärfen und die Abneigung einer Volksklasse gegen die andere vertiefen könnte, was, wie die Geschichte lehrt, öfters die Ursache sozialer Umwälzungen war. Deshalb wende ich mich an alle meine Diözesanen mit der inbrünstigen Bitte, in den Vergnügungen Maß zu halten."

Steuervorauszahlungen.

Nach der Verordnung des Finanzministers vom 15. XII. 1923 (Dz. U. 1923, Nr. 133) nehmen die Steuerämter vom 1. I. 1924 an Vorauszahlungen auf Steuern entgegen. Die Zahlungen in polnischer Mark oder, wie es neuerdings in den Gesetzen heißt, in Billetts der P. K. K. P. werden in Zloty zum Tageskurs des Steuerzloty umgerechnet. Wenn der eingezahlte Betrag die endgültig veranlagte Steuer übersteigen sollte oder überhaupt Steuerfreiheit eintreten sollte, werden die Beträge auf die Steuer im kommenden Zeitraum oder auf eine andere Steuer des Einzahlers verrechnet. Rückzahlungen finden nicht statt.

Worte zur Altershilfe.

Das Geheimnis des Geben- und Helfenkönnens ist eins mit dem Geheimnis persönlicher Freiheit und Sorglosigkeit. Dienst an andern darf man also nicht von jedem erwarten, auch nicht von jedem, der es an sich dazu hat. Deshalb schreibt Luther in seiner „Freiheit eines Christenmenschen": „Er, so will ich gegen meinen Nächsten auch werden ein Christ, wie Christus mir geworden ist, und nichts lieber tun denn was ich nur sehe, daß ihm not, nützlich und selig ist, dieweil ich durch meinen Glauben alle Dinge in Christo genug habe."

So fließt Liebe aus Sorglosigkeit. Aber sie macht auch sorglos.

Pastor Lic. Schneider.

Geldspenden nehmen alle deutsche Banken, Lebensmittel das Bureau der Altershilfe, Wały Leszczyńskiego 2 (früher Kaiserring), entgegen.

Effektenumsatzsteuer.

Die Umsatzsteuer im Wertpapierhandel beträgt vom 29. Dezember 1923 an bei festverzinslichen Wertpapieren 1 Mark für das Tausend, bei Dividendenpapieren 8 Mark für das Tausend. Die Sätze für den Verkauf von Bank zu Bank bleiben unverändert. (Dz. U. 1923, Nr. 131).

Kein Steuerabzug für Kommunalzwecke.

Nach einer Mitteilung der Großpolnischen Finanzkammer (Wielkopolska Izba Skarbowa) in Posen sind vom 1. Januar ab die von den Einkommensteuern aus Dienstbezügen und Entlohnungen bisher erhobenen 3 Prozent Zuschläge für städtische Verwaltungen und kommunale Kreisverbände nicht mehr in Abzug zu bringen.

Die staatliche Einkommensteuer beginnt gemäß der schon früher mitgeteilten Skala mit einem auf Grund der jeweiligen Monatsbezüge berechneten Jahreseinkommen von 1 576 800 000 (also etwas über 1½ Milliarden). Von diesem Jahreseinkommen bis zu 2 102 400 000 (also etwas über 2 Milliarden) beträgt die staatliche Einkommensteuer 0,3 Prozent, und dieser Prozentsatz steigt mit den höheren Bezügen.

Zur Gewerbesteuer.

Das Valorisationsgesetz wird auch auf die Gewerbesteuer angewandt, und zwar in folgender Weise:

In den Umsatzsteuererklärungen wird die Summe des erzielten Umsatzes in polnischer Mark mit Umrechnung in Goldfrank angegeben. Wenn die Steuer monatlich zu entrichten war, also bei den Handelsunternehmen der ersten fünf Klassen, so wird der Durchschnittskurs aus jedem einzelnen Monat zugrunde gelegt. Wenn die Steuer halbjährlich zu entrichten war, so wird der Durchschnittskurs des betreffenden abgelaufenen Halbjahres zugrunde gelegt.

Die Unternehmen, die die Steuer monatlich zu entrichten haben, und ebenso die Unternehmen, die die Steuer freiwillig jeden Monat entrichten, müssen die Umsatzsumme in Goldfrank nach dem Durchschnittskurse des abgelaufenen Monats aus der Summe in polnischer Mark umrechnen und dann die errechnete Summe Goldfrank zum Kurse des Einzahlungstages entrichten.

Statistisches aus Posen.

Die „Statistischen Nachrichten" der Stadt Posen für den November weisen bei den Eheschließungen eine Zunahme der Ehen um 20 gegen den Vormonat auf; während im Oktober 179 Ehen geschlossen wurden, waren es im November 199. Es kamen 194 rein katholische, eine rein evangelische und 4 Mischehen zustande. Drei Evangelische verheirateten sich mit katholischen Frauen und eine Jüdin heiratete einen Mann, der sich zu keinem der drei Hauptglauben bekannte. 21 Witwer und 13 Witwen traten wieder in den Ehestand. Der Nationalität nach wurden 193 rein polnische, 2 rein deutsche und 4 Mischehen verzeichnet. Ein Pole heiratete eine Deutsche, während drei Deutsche Polinnen zur Frau nahmen.

Die Geburten zeigen eine Abnahme um 27 im Verhältnis zur Geburtenziffer des Vormonats. Demgegenüber ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß im Berichtsmonat im Vergleich zum Oktober 30 uneheliche Kinder weniger das Licht der Welt erblickten. Unter den 453 Geburten waren 11 Totgeburten. Von den 398 ehelichen Kindern waren 391 von katholischen, 2 von evangelischen und 2 von jüdischen Eltern, während 3 Kinder Mischehen entstammten. Der Nationalität nach kamen 393 polnische und 3 deutsche Kinder zur Welt. Unter den Geburtenmeldungen befinden sich 40 Spätmeldungen vom Oktober.

Es starben im November 238 Polen 18 Deutsche, im ganzen 36 mehr als im Oktober. Die meisten Todesfälle wurden bis zum Lebensalter von 5 Jahren verzeichnet; dann folgt das Alter über 70. Von 44 unehelichen Kindern starb die Hälfte im 1. Lebensjahre.

Die Wanderbewegung gestaltete sich derart, daß die Bevölkerung Posens um 734 Seelen zunahm. Nach dem Bekenntnisse wanderten 113 Katholiken aus dem Auslande ein, und 200 wanderten aus, während 12 Evangelische ein- und 11 auswanderten. Der Auswanderung von 4 Juden nach dem Ausland stand keine Einwanderung gegenüber. Im ganzen nahm die Zahl der Juden im November um 2 ab. Am 30. November hatte Posen 184 936 Einwohner. Am 31. Oktober waren es 184 017. Während der Zuwachs durch Geburtenüberschuß im Berichtsmonat geringer war als im Oktober (185 : 245), stehen sich bei der Wanderungsbewegung die Zuwachsziffern 734 und 640 gegenüber.

Die Haftpflicht der Hausbesitzer. Es mehren sich jetzt die Fälle, in denen von Dächern herabstürzende Schneemassen und Eisstücke Vorübergehende verletzt haben. Es wird deshalb noch besonders darauf hingewiesen, daß derartige Verletzungen einen zivilrechtlichen Anspruch des Verletzten gegen den Hausbesitzer begründen, von dessen Haus die Schnee- oder Eismassen herabgestürzt sind. Im dringendsten eigensten Interesse der Hausbesitzer liegt es daher, die Dächer und Fassaden ihrer Häuser mit möglichster Schnelligkeit von Schnee und Eis zu befreien.

Die Disziplinarstrafen für Eisenbahner. Nach einer neuerlassenen Verfügung hat der Eisenbahnminister das Recht zur Verhängung von Disziplinarstrafen bis zur Höhe eines Monatsgehaltes, während die Direktionspräsidenten Geldstrafen bis zur Höhe von 5 Prozent des monatlichen Einkommens Eisenbahnbediensteten auferlegen dürfen.

Was kostet ein Namenswechsel? Die Gebühr für die Erteilung der Erlaubnis zur Änderung des Namens beträgt gegenwärtig 24 Millionen Mark.

Die Posener Westmarkenwoche. Das Programm der Westmarkenwoche vom 13. bis zum 20. d. Mts. sieht u. a. drei Versammlungen, ein Symphoniekonzert im Teatr Wielki und ein Festkonzert in der Universitätsaula vor. Am Eröffnungs- und am

Deutschland. Ein Wintermärchen.

Diesmal nicht von Heinrich Heine.

Ein bräutlich weißes Gewand hatten Deutschlands Felder, Wälder und Berge angelegt, als das Jahr 1924 seinen Einzug hielt. Und nicht nur dort, wo des Menschen Fuß nicht hinkam, war strahlende Weiße und Reinheit, — auch die großen Städte waren verzaubert und verschönt. Alles Häßliche schien geschwunden, Straßen und Plätze waren lebendig gewordene Winterpoesie, und der Berliner Tiergarten eine Märchenlandschaft.

Und nun erst die Berge! Welches Glück durfte der empfinden, dem es vergönnt war, am Nachmittag des Silvestertages zu den Harzbergen hinaufzusteigen! Sonnenbestrahlt lag ihm zu Füßen das weiße Tiefland, auf den Schneehängen links und rechts wandelte sich das strahlende Weiß mählich in ein zartes, bläuliches Grau, und als das Dunkel zunahm, ein Lichtchen nach dem anderen im Grunde aufschimmerte und nichts mehr zu hören war als das Murmeln des Baches, an dessen Rand der Wanderer seinen ihm selbst unsichtbaren Weg emporstieg, da führte jeder Schritt tiefer hinein in die köstliche Ruhe, Reinheit und Schönheit der schneedufterfüllten Winternacht, und jeder Atemzug war Glück, Kraft und Frische. Nun war der Wanderer oben auf dem Berge. Und dort oben stand ein Holzkirchlein nordischer Art. Tief in Schnee gegraben stand es da. Der Schnee hatte die eigentümlich schönen Formen und Umrisse des Kirchleins und seine geschnitzten Verzierungen nachgezeichnet. Und ringsherum standen wie Wächter dieses Kirchleins schneebehangene, edle Harztannen. Aus der Höhe aber, von der unendlichen Himmelskuppel herab, leuchteten und funkelten die Sterne der Neujahrsnacht. Ein Märchenbild und eine Märchenwelt.

Ein Wintermärchen anderer Art durfte um diese selbe Zeit erleben, wer die Menschen in Deutschland beobachtete, mit ihnen von ihrem Leben und Treiben, ihrem Wohl und Wehe sprach, wer sich danach umsah, wie und wovon diese Menschen lebten, wer sie befragte, was ihnen das dahingegangene Jahr 1923 gebracht hatte, was sie von dem neuen Jahr 1924 erwarteten.

Fünf Monate eines Schauermärchens lagen hinter diesen Menschen. Fünf Monate eines verzweifelten Kampfes erst um das Geld, dann gegen das Geld, — des Bemühens, das Geld, das man sich mit schwerer Arbeit oder mit arger List erkämpft hatte, so schnell als möglich wieder loszuwerden, weil es eine Stunde später vielleicht wertloses Papier war. Fünf Monate, in denen alles zurücktrat hinter der einen Frage: Wie steht heute der Dollar? Fünf Monate, in denen zuweilen sämtliche Mitglieder einer vielköpfigen Familie am Morgen nach verschiedenen Richtungen aufbrachen, um nach stundenlangem Herumlaufen und Stehen winzige Mengen des für das Leben Notwendigsten mitzubringen. Fünf Monate, in denen jedes Planen und Berechnen unmöglich wurde und man kaum noch vom Morgen bis zum Abend denken konnte. Fünf Monate, in denen die Zahlen ihren Sinn verloren, weil das, was gestern eine große Summe war, heute nicht mehr für eine Straßenbahnfahrt reichte. Fünf Monate eines furchtbaren, gräßlichen, wahnsinnigen Fiebertraumes.

Und nun? Ist das ein Märchen? Ist der Angsttraum zu Ende? Ein Pfund Brot kostet 16 Pfennige (Pfennige!), ein Ei 22 Pfennige, ein Pfund Fleisch kostet 1 Mark 20 Pfennige bis 1 Mark 60 Pfennige, ein Pfund Wurst 2 Mark, eine Straßenbahnfahrt 15 Pfennige, eine Tasse Kaffee im Kaffeehaus 20 oder 25 Pfennige, ein anständiges Mittagessen 1 Mark 25 Pfennige.

Gewiß: es ist die Rentenmark und der Goldpfennig, um die es sich bei diesen verlockend kleinen Zahlen handelt, — die Mark ist gleich einer Billion alten Schlages, und hinter dem so sympathisch auftretenden Pfennig verbergen sich zehn unsympathische alte Milliarden. Und doch handelt es sich nicht etwa lediglich um eine Umbenennung, um einen Schein, um eine Verzuckerung einer bitteren Pille. Denn das wichtigste ist: die Rentenmark ist wertbeständig, sie hopst nicht, sie rast nicht, sie macht die Leute nicht verrückt. Sie hat den Dollar um seinen Nimbus gebracht. Er hat aufgehört, der Beherrscher der Gemüter, der Herzen und der Taschen zu sein. Er hat aufgehört, ein Mittel zu sein, in wenigen Tagen viele Mark (wenigstens in Zahlen) zu verdienen. Er ist heute in Deutschland nichts weiter als der bescheidene Betrag von 4 Mark 20 Pfennigen, — und wer etwa in der Eile einen Dollar loswerden will und ihn schnell zu verkaufen versucht, der bekommt unter Umständen noch nicht einmal so viel für ihn, — denn die Leute wollen ihn gar nicht mehr haben. In krassem Gegensatz zu dem, was noch vor kurzem war, wird er jetzt im privaten Geschäftsverkehr meist geringer gewertet als sein offizieller Kurs ist (die deutsche Reichseisenbahn nimmt ihn nach wie vor mit 4 Mk. 20 Pfg. in Zahlung).

Zweierlei ist es, was die Leute in Deutschland der Rentenmark und ihrem Erfinder (jeder fragt: wer ist es eigentlich?) dankbar macht. Erstens, daß es jetzt wieder einigermaßen feste Preise gibt, daß die Dinge morgen und in acht Tagen ungefähr ebenso viel kosten wie heute, daß man nicht Zeit, Kraft und Erfindungsgabe daran setzen muß, sich des Geldes zu entledigen, daß man für mehrere Wochen voraus Ausgaben und Einnahmen berechnen und einen Haushaltsplan aufstellen kann. Zweitens aber — und das ist psychologisch bemerkenswert —, daß man wieder mit kleinen Zahlen rechnen kann, daß der Pfennig wieder etwas gilt, daß auch der kleinste Überschuß einen wirklichen Wert hat. Es wird wieder auf den Pfennig genau gerechnet, — nicht nur auf zehn und fünf Pfennige genau, sondern wirklich auf den Pfennig. Nicht nur bei der Eisenbahn und bei der Post, sondern auch beim Kaufmann, beim Handwerker, im Gasthaus und im Kaffeehaus zahlt man ohne jede „Abrundung" einunddreißig Pfennige, zweiunddreißig Pfenige usw. und bekommt auch wirklich ohne jede Schwierigkeiten Pfennige heraus (d. h. Milliarden- oder Goldpfennigscheine oder neue Pfennigstücke). Man kauft ein Schreibheft für sieben Pfennige, eine Zigarette für vier Pfennige, eine Zigarre für zwölf Pfennige. „Als wie in alter Zeit."

Nach Weihnachten begannen in Berlin und in anderen Städten die üblichen Inventur-Verkäufe. Die Läden waren voll der schönsten Sachen, und die Zahlen ohne Nullen in den Schaufenstern machten die Leute sich vor ihnen stauen und trieben sie in Mengen in das Innere der Geschäfte. Ein Witzbold prägte das Wort: „Bis vor kurzem war es in den Berliner Geschäften zum K....., jetzt ist es zum Brechen — voll." Und noch eine bemerkenswerte Wirkung der Neugestaltung der Verhältnisse: die vor kurzem noch so unnahbar mächtigen Verkäufer und Verkäuferinnen sind wieder höflich, dienstbereit, entgegenkommend, und dem Publikum ist die geradezu kindliche Freude darüber anzumerken, daß es nicht mehr kaufen muß, was es gerade bekommt, sondern kaufen darf, was es kaufen will. Hausmütter, die jahrelang nur das Allernotwendigste, Unentbehrlichste, Praktischste zu kaufen wagten und für die dieses Kaufen besonders in den letzten Monaten eine Fronarbeit war, wagen es wieder, auch einmal etwas Hübsches zu kaufen, um sich, dem Manne und den Kindern eine Freude zu bereiten, und kehren vom Einkauf vergnügt zurück wie ein Kind vor dem Kriege, das ein Fünfzigpfennigstück geschenkt bekommen und sich dafür einen Haufen der schönsten Dinge eingekauft hatte.

Freilich: jede Medaille hat ihre Kehrseite. Auch diese. Soll die Rentenmark auf ihrer Höhe bleiben, und soll einer neuen Inflation vorgebeugt werden, dann darf das neue Papiergeld nur in beschränkter Menge ausgegeben werden. Der Staat muß sparen, sparen, sparen. Und er tut es. Nicht ohne Härte. Aber kaum einer zweifelt daran, daß diese Härte notwendig ist. Alle einigermaßen entbehrlichen Arbeitskräfte werden entlassen. Den übrigen wird ihr Einkommen durchschnittlich um die Hälfte verkürzt. Auch das wird hingenommen. Man weiß: es ist notwendig. Und man richtet sich danach. Am Neujahrstag 1924 sagte eine Beamtenfrau, — Mutter dreier großer Kinder: „Als ich vor einigen Wochen hörte, wie wenig wir für Dezember bekommen würden, da faßte mich Entsetzen, und ich sagte mir: das ist nicht möglich, damit kommst du nicht aus. Es war die Hälfte von dem Monatsgehalt, das mein Mann im ersten Jahr unserer Ehe hatte, — also zu einer Zeit, wo wir zwei nur für uns allein zu sorgen hatten. Und es ist gegangen!"

*

Wie die Dinge in Deutschland sich weiter gestalten werden, wie das Arbeitslosenproblem gelöst werden wird, ob es gelingen wird, die Rentenmark auf ihrer Höhe zu halten, — über alles das läßt sich vorläufig natürlich nichts sagen. Aber eins steht fest: das Hinunter und Hinauf in Deutschland zwischen Juli 1923 und Januar 1924 ist märchenhaft. Und das Erfreulichste an dem Wintermärchen, das man in Deutschland an dieser Jahreswende erleben durfte, ist: daß das Volk sich zu Opfern und Entbehrungen bereit gezeigt hat, daß es nach dem Rausch der großen Zahlen so gern zu der vielgeschmähten und — ach! — so notwendigen „Pfennigfuchserei" zurückgekehrt ist, daß die Bürgerlichkeit und Solidität dieses Volkes wieder zur Geltung kommen.

Polen lebt noch im Zeichen des steigenden Dollars und im Rausch der großen Zahlen.

Deutschland hat sein Wintermärchen erlebt. Werden wir im Mai 1924 schreiben können: „Polen. Ein Frühlingsmärchen"?

W. L.

Schlußsonntag wird in den Straßen gesammelt, an allen Westmarkentagen in den Theatern und Lokalen.

⌗ **Fünfmillionen-Banknoten.** Die Polnische Landesdarlehnskasse hat vorgestern Banknoten im Wert von fünf Millionen in Umlauf gesetzt.

⨯ **Eine Zurückstellung aller öffentlichen Uhren der Stadt Posen** um 8 Minuten ist gestern vom Warschauer Ministerium angeordnet worden. Hoffentlich hat diese Maßnahme zur Folge, daß nun die öffentlichen Uhren Posens sämlich in Zukunft übereinstimmen, was bekanntlich bisher seit Monaten keineswegs der Fall war.

⌗ **Deutscher Theaterverein Posen.** Am Freitag, dem 18. Januar, veranstaltet, wie aus heutiger Anzeige ersichtlich, der Deutsche Theaterverein im Saale des Zoologischen Gartens, abends 8 Uhr, nach längerer Zeit wieder eine Klassiker-Aufführung, und zwar gelangt Schillers Trauerspiel „Kabale und Liebe" zur Aufführung. Ein früheres beliebtes Mitglied des Deutschen Theatervereins wird bei dieser Gelegenheit in der Rolle des Ferdinand als Gast auftreten. Wir möchten nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß die Plätze trotz der so veränderten Teuerungsverhältnisse so niedrig bemessen sind, daß jeder in der Lage ist, diese Vorstellung zu besuchen. Eigens zu dieser Aufführung gibt der Verein auch Schülerkarten aus, wobei darauf aufmerksam gemacht wird, daß diese Karten nur für Schüler bestimmt sind. Der Vorverkauf der Karten findet, wie üblich, bei Gumnior, Św. Marcin, Ecke ul. Gwarna statt. Die Preise der Plätze betragen 1 500 000, 1 000 000, 600 000 (Schülerkarten) und 300 000 M.

⨯ **Ein Zeichen der Zeit** bilden die fortgesetzten großen Diebstähle, besonders die Schaufensterdiebstähle, die in voller Öffentlichkeit selbst an den lebhaftesten Verkehrsstraßen verübt werden. So wurden in der Nacht zum Freitag im Hause ul. Wjazdowa 8 (fr. Berliner Tor) aus dem Schaufenster der Gebrüder May, nachdem aus diesem ein Teil der Scheibe kunstvoll herausgeschnitten worden war, Mäntel- und Anzugstoffe, Bettbezüge, Bettlaken usw. im Gesamtwerte von zwei Milliarden gestohlen. Aus einer Lederhandlung an der ul. Wroniecka 25 (fr. Wronker Straße) verschwanden durch Diebstahl 150 Paar Schäfte und Gummiabsätze im Gesamtwerte von 1½ Milliarden. Endlich stahlen Einbrecher aus einem Schaufenster Górna Wilda 70 (fr. Kronprinzenstraße) einen großen Posten Stoffe im Werte von einer Milliarde. — Unter einer Milliarde bewegt sich der Wert folgender Diebstähle: ein Bodendiebstahl im Hause ul. Gen. Prądzyńskiego 48 (früher Gneisenaustraße), bei dem Leib- und Bettwäsche im Werte von 150 Millionen Mark gestohlen wurde; ein Stalldiebstahl in der ul. Staroscińska 1 (fr. Waldowstraße), bei dem ein Kalb und sechs Hühner gestohlen wurden; ein Diebstahl im Hause ul. Jeżycka 17 (fr. Festungsstraße), wo 10 Kilogramm Butter und 10 Flaschen Likör im Werte von 20 Millionen und ein Diebstahl in der ul. Grunwaldzka 20 (fr. Auguste Viktoriastraße), bei dem zwei Ferkel im Werte von 20 Millionen gestohlen wurden.

⨯ **Beschlagnahmte Diebesbeuten.** Im ersten Polizeirevier ul. Gołębia (fr. Taubenstr.) wurde ein Mann mit 12 Metern schwarzen Tuches angehalten, das vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. — In demselben Revier wurden einem Manne 25 Kgr. zerschlagene Zinkrohre abgenommen. Geschädigte können sich im genannten Revier melden. — Ferner befinden sich im Zimmer 37 der Kriminalpolizei eine Damenpelerine, innen braunes Fuchsfell, außen Astrachanbezug, und 6½ Meter Popelinstoff, der als vermutlich aus einem Diebstahl herrührend, zwei Männern abgenommen worden ist.

⨯ **Wer sind die Eigentümer?** Am 29. Juli v. Js. wurden im Eisenbahnzuge Bromberg—Posen drei bekannte Ladendiebinnen festgenommen, die im Besitz von Sachen waren, die sie offenbar bei Diebstählen in Bromberg, Gnesen usw. erbeutet hatten, und zwar handelt es sich um 1¼ Meter schwarzes, 2½ Meter braunes Tuch, 2 Meter schwarzen Cheviot, 2½ Meter blauen Gabardinstoff, 3¾ Meter und 2½ Meter schwarzen Cheviot, 4 Meter blauen Cheviot, 4½ Meter weißen Barchend, 23½ Meter weiße Spitze, 35½ Meter weiße Leinwand und 3 Stücke Sohlenleder. Die Eigentümer dieser Sachen können sich bei der hiesigen Kriminalpolizei melden.

⨯ **Polizeilich festgenommen wurden gestern:** 3 Obdachlose, 7 Dirnen, 1 wegen Unzuchtverdachts, 5 Betrunkene, 2 gesuchte Personen und 9 Personen wegen Diebstahls.

* **Bromberg**, 10. Januar. Beschlagnahmt wurden auf dem Bahnhof vier große Kisten mit Zigaretten und Tabak — Danziger bzw. deutsche Ware.

* **Graudenz**, 10. Januar. Ein plötzlicher Tod ereilte hier den Kavallerieoberst Fischer von Drauenegg. Während er gestern vormittag auf dem Hofe des Gebäudes der Überlandzentrale in der Amtsstraße weilte, wurde er vom Herzschlage jäh dahingerafft.

* **Lissa i. P.**, 10. Januar. Der Obermüller Gumpricht und seine Frau feiern heute in geistiger und körperlicher Rüstigkeit die Goldene Hochzeit. Dem allseitig hochgeehrten Jubelpaar wurde von der Firma Schneider und Zimmer, den Beamten und Mitarbeitern, Vereinen und Freunden zahlreiche Ehrungen zu teil.

* **Thorn**, 7. Januar. Der „Deutsch. Rundsch." wird von hier berichtet: Wegen Geldmangels im Stadtsäckel und infolgedessen eingetretener Brennstoffnot haben die städtischen Schulen ihre Weihnachtsferien bis auf weiteres verlängert. — Einen Milliardenschaden erlitt der Inhaber Schmidt des Zigarrengeschäfts Schlee Nachf. in der Breiten Straße Nr. 27. In der Silvesternacht wurde ihm vermutlich durch einen explodierenden Feuerwerkskörper die große Spiegelscheibe seines Schaufensters eingeschlagen. Nachdem sich der Trubel um Mitternacht verzogen hatte, versuchten drei junge Burschen mit einem an einer Stange befestigten Haken die Waren der Auslage zu stehlen. Beim Nahen der Polizei ergriffen sie schleunigst die Flucht, konnten aber festgenommen werden.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

p. **Kalisch**, 10. Januar. Von der hiesigen Kriminalpolizei wurden ein Pferdegeschirr und zwei Lederriemen beschlagnahmt bei Leuten, die die Gegenstände einem Jungen abgekauft haben wollen. Vermutlich sind sie aber gestohlen. Geschädigte können sich bei der hiesigen Kriminalpolizei melden.

* **Lodz**, 10. Januar. Das Verschwinden junger Mädchen beschäftigt schon seit längerer Zeit die hiesige Polizei. Dieser Tage erschien wieder auf der Polizei die Petrikauer Straße 25 wohnhafte Kaufmannsfrau Chaja Leismann und brachte zur Anzeige, daß ihre 18jährige Tochter Helene vor einigen Tagen spazieren ging und nicht mehr heimkehrte. Alle bisherigen Nachforschungen blieben erfolglos. Am Neujahrstage nahm die Sieradzkastraße 1 wohnhafte Helene Kleczkowska die Töchter ihrer Stubennachbarin H. Lipner mit nach der Kirche, kam aber nur allein nach Hause. Auf die Frage der L., wo ihre Töchter seien, machte die Kleczkowska widersprechende Aussagen. Die Mutter meldete den Vorfall der Polizei, doch gelang es der Kleczkowska, rechtzeitig aus Lodz zu verschwinden. Es hat immer mehr den Anschein, als ob man es hier mit einer organisierten Bande zu tun hat, die sich mit dem Mädchenhandel befaßt.

Aus dem Gerichtssaale.

* **Konitz**, 7. Januar. Vor der Strafkammer wurde gegen den Kaufmann Urbanowski aus Tuchel und seinen Sohn wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Verstoßes gegen das Antialkoholgesetz verhandelt. Die Verhaftung des angesehenen Bürgers durch die Polizei unter Leitung des Kommandanten Kobielski hatte unter der Bürgerschaft seinerzeit Aufregung verursacht. In der Verhandlung bekundeten drei Zeugen, daß der Polizeikommandant bei der Verhaftung den Sohn geschlagen hätte. Auch konnte nicht der Nachweis erbracht werden, daß ein Widerstand gegen die die Verhaftung vornehmenden Beamten stattgefunden hatte. Das Gericht sprach daher die Angeklagten frei und erkannte nur gegen den Vater wegen Verstoß gegen das Antialkoholgesetz auf eine Geldstrafe von 20 000 Mk.

Eingesandt.

(Für diese Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Gewähr bezüglich des Inhalts gegenüber dem Publikum, sondern nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Eine Bitte an die Straßenbahn.

Die Direktion der Straßenbahn würde ein gutes Werk tun, wenn sie die Wagenführer anweisen wollte, nicht unmittelbar an den Stellen zu halten, wo sich die Tafel befindet, sondern dort, wo für die Fahrgäste die Möglichkeit besteht, abzusteigen, ohne die Tiefe der Schneeberge, die beide Seiten der Straßen besäumen, durchmessen zu müssen. Es soll dies nur eine vorübergehende Anordnung sein. Und die Möglichkeit besteht, weil die meisten Haltestellen unmittelbar oder in der Nähe einmündender Straßen sich befinden, die Straßendämme aber keine Schneeberge aufweisen. Gegenwärtig bestehen die Wagenführer auf ihrem formellen Recht und weisen bestenfalls auf die Tafel.

Ein beinahe Versunkener.

Ein Vorschlag für Hausbesitzer und Mieter.

Um die jetzt ganz verworrenen, an das Unglaubliche grenzenden Mietsverhältnisse zu beseitigen und den Streit zwischen Hausbesitzern und Mietern zu schlichten, mache ich folgenden Vorschlag: Der Hausbesitzer verzichtet auf jede Verzinsung seines Kapitals, dagegen beteiligen sich die Mieter an allen für das Haus erforderlichen Ausgaben, wie Reparaturen, Hypothekenzinsen, Steuern usw. Der Hausbesitzer erhält nur denjenigen Betrag von den Mietern als Entschädigung, den die Feuerversicherungen als Wertminderung und Abnutzung des Gebäudes in Abzug bringen. Der Hausbesitzer würde also auf alle Einnahmen verzichten und von dem Kapital, das heißt dem Fonds, den er für den Brandfall zurücklegen muß, leben. Wie er im Falle eines Brandes die fehlende Summe dann beschafft, bleibt ihm überlassen. Augenblicklich lebt der Hausbesitzer vom Zerfall seines Hauses, und das Nationalvermögen wird in der wüstesten Weise verbraucht.

F., Hausbesitzer.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

J. A. B. in Bentschen. Was verstehen Sie darunter, daß wir die Kursnotierungen so wie der „Kurjer Poznański" bringen sollen? Wir bringen alle Notierungen genau so wie alle anderen Zeitungen, und noch in reichhaltigerem Maße. Wenn Sie besondere Anregungen haben, müssen Sie Ihre Wünsche präzisieren, nicht eine unklare Behauptung aufstellen. Ihre Anfrage ist in dieser Form jedenfalls unverständlich.

M. in N. Ihre Anfrage ist längst, und zwar in Nr. 1 des „Pos. Tagebl." in dem Sinne beantwortet worden, daß wir ohne Kenntnis der Prozeßakten Ihnen keinen Rat in der Angelegenheit erteilen können. Das Beste ist, daß Sie sich an einen Rechtsanwalt wenden.

Frau E. P. in M. Die Ihnen an Gerichtsstelle erteilte Auskunft ist richtig. Eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen kann auch das Obervormundschaftsgericht, das, nebenbei bemerkt, seinen Sitz im Posener Landesgericht an der Aleje Marcinkowskiego hat, nicht herbeiführen.

Neues vom Tage.

§ **Experimente mit einem neuen Betäubungsmittel.** Aus London wird gemeldet: In einem Londoner Spital wurde mit dem Betäubungsmittel Stovain, das bisher nur bei leichten Operationen angewendet wurde, auch bei Blinddarmoperationen experimentiert. Angeblich hat das Mittel, das in das Rückgrat eingespritzt wird, den Vorzug, daß der Patient bei vollem Bewußtsein bleibt. Patienten, die schweren Operationen unterworfen waren, hätten dabei rauchen und Zeitungen lesen können. (?)

§ **Entdeckung eines Heilmittels gegen Syphilis in Frankreich?** Wie die Pariser Blätter mitteilen, hat das Pasteur-Institut ein wirksames Mittel zur Heilung der Syphilis entdeckt, das zu gleicher Zeit auch prophylaktisch wirke. Das neue Mittel, das die Bezeichnung „Stovarsol 190" erhalten habe, sei in zahlreichen Kurversuchen erprobt und seit einem Jahre mit vollem Erfolg auch bei 190 menschlichen Patienten angewandt worden. Der Entdecker ist Professor Leroux.

§ **Eine Überschwemmungskatastrophe an der Narowa.** Infolge von Eisverstopfung an der Mündung ist die Narowa aus ihren Ufern getreten und hat vier Dörfer völlig überflutet. Die Orte sind von der Außenwelt gänzlich abgeschnitten, seit dem 27. Dezember ist kein Einwohner aus ihnen herausgelangt. Die zur Hilfe entsandten Truppen konnten nicht an die Dörfer herankommen, auch der Versuch einer Hilfeleistung von der nahen russischen Grenze mißlang. In den Fluten sieht man ertrunkenes Vieh und zahlreiches Hausgerät treiben. Auch Menschen sollen umgekommen sein, doch liegen darüber genaue Nachrichten noch nicht vor.

§ **Starke Fröste in Sibirien.** Laut Bericht des Hauptobservatoriums in Sibirien wurde in den letzten Tagen in der Stadt Kanks ein bisher noch nicht erreichter Luftdruck von 801,7 Millimeter festgestellt bei sinkender Temperatur von minus 50 Grad.

§ **Ein Riesenelektrizitätswerk am Niagarafall.** Wie aus Niagarafalls gemeldet wird, wurde in Ontario ein neues Elektrizitätswerk eingeweiht, durch das die aus den Niagarafällen zu gewinnende elektrische Kraft von 55 000 auf 300 000 Pferdekräfte erhöht wird.

§ **Erdbeben in Turkestan.** In Turkestan hat am 4. d. Mts. ein stärkeres Erdbeben stattgefunden. Das Zentrum des Erdbebens befand sich in der Nähe von Taschkent. Es sind Opfer an Menschen zu verzeichnen. Viele Gebäude sind zerstört worden.

Spenden für die Altershilfe.

Ungenannt	1 000 000.—	M.
Sp. P.	20 000 000.—	„
E. R., Pruszewice	3 000 000.—	„
Marten Wągrówiec	4 100 000.—	„
O. W. u. E. M., Witkowo	2 250 000.—	„
Sammlung in Szczodrowo usw.	3 000 000.—	„
	33 350 000.—	M.
Vortrag aus Nr. 9	590 529 250.—	„
zusammen	623 879 250.—	M.

Auswärtige Spender können portofrei auf unser Postscheckkonto Nr. 200 283 Poznań einzahlen bzw. überweisen, müssen dies aber auf dem Abschnitt ausdrücklich vermerken.

Weitere Spenden erbittet und nimmt gern entgegen

Die Geschäftsstelle des Posener Tageblattes.

Die heutige Ausgabe hat 8 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.

Wirtschaftszeitung des Posener Tageblatts.

Das neue Interesse für Devisen.

Ende der Woche schwächere Devisen, stärkere Effekten. — Börse Warschau nicht klare Stimmung. — Börse Posen für Effekten bleibt stärker.

Der Dollar, welcher noch am 3. Januar mit 6,75 Millionen offiziell notierte, ist offiziell heute bei 9,825 angelangt, nachdem der Kurs von 10,25 Millionen bereits erreicht war. Die offizielle Steigerung beträgt demnach 52 Proz. innerhalb acht Tagen. Im freien Verkehr ist die Spannung bedeutend höher, denn der Dollar wurde bereits mit 13,00 gehandelt und gab erst gestern auf 12,5 (also ganz unwesentlich) nach. Die Differenz zwischen freiem und offiziellem Kurs ist also heute rund 27 Proz. Von den anderen Fremddevisen haben der franz. Frank und der belg. Frank gegen die anderen Werte nachgegeben. Durchaus fest bleibt die Stimmung für holl. Gulden, tschech. Krone, schwed. Krone, Schweizer Frank und engl. Pfund. Die einzelnen Kurse des Freitags waren zum Vortage etwas höher. Der Goldfrank wurde mit 1 891 000 genannt. Von den Staatspapieren war die Goldanleihe mit 14,75 Millionen, der Zlotybon mit 1,6 Millionen und die Prämienanleihe mit 575 000 notiert.

Die **Effektenbörse** setzte an den beiden ersten Börsentagen in dieser Woche erheblich schwächer ein, und die Kurse gaben immer weiter nach, während der Dollar stieg. In Warschau verloren einzelne Papiere mitunter 30 bis 40 Proz. Am Mittwoch, dem börsenfreien Tage der Woche, war die inoffizielle Stimmung gänzlich interesselos, erst am späten Nachmittag belebte sich wieder die Kauflust. Ob der Donnerstag mit einer festeren Haltung einsetzen würde, war noch unklar. Und dann am Donnerstag begann die Börse mit reinen Orientierungskäufen, bis sie sich im Verlauf von wenigen Minuten (etwa 10 Minuten nach Beginn) wieder änderte und sehr fest wurde, für einzelne Werte sogar Haussestimmung zeigte. Der große Teil der Börse wußte jedoch noch nicht den wirklichen Grund und vermutete mehr eine künstliche Bewegung, um noch einmal günstige Kurse herauszuholen, und die allgemeine Meinung war, daß gegen Schluß der Börse die Kauflust wieder abflauen werde. Es geschah nicht. Die Börse blieb bis zum Schluß fest, und die Kurse erreichten zu 60 Proz. ihren alten Stand vor der Flaute. Auch am gestrigen Freitag war Warschau zu Beginn fest. Erst gegen Mitte der Börse schwankte die Stimmung, und das Interesse wurde uneinheitlich. Freilich blieb für das Gros der Papiere feste Haltung. Von den einzelnen Sonderwerten nennt der Kurszettel folgende Notierungen für

Bankwerte: Dyskontowy — 16 250, Handlowy 15 000, Kredytowy 3000, Polski Bank Handlowy 9000, Zachodni — 8250, Związku Spółek Zarobk. — 26 000, Związku Ziemian + 550.

Industriewerte: Cerata — 975, Sole Potasowe — 32 500, Kiejewski 18 000, Puls 2200, Spieß — 5150, Strem + 48 000, Wildt — 825, Chodorów — 31 750, Gosławice 7100, Michałów — 9800, Tow. Fabr. Cukru 22 000, Cegielski — 4250, Fitzner u. Gamper + 37 000, Rau 3750, Modrzejów — 36 000, Ortwein — 1975, Starachowice + 21 000, Ursus — 5750, Zieleniewski + 70 000, Żyrardów 1275 Millionen, Zawiercie 1300 Millionen, Unja 33 000, Polski Lloyd — 705, Haberbusch + 17 250, Polska Nafta + 2800, Nobel + 7900, Spiritus + 16 000, Tkanina 4600, Brown Boveri 6000, Konopie 3500, Trzebinia 3100.

Die **Posener Börse** hat sich in dieser Woche ähnlich wie die Warschauer entwickelt. Die Stimmung setzte zu Beginn der Woche schwach ein, und die Papiere konnten nicht mehr untergebracht werden. Erst am Donnerstag wurde die Haltung fester, befestigte sich weiter bis zum Schluß und setzte sich nachbörslich weiter fort. Wenn jedoch am Freitag die Warschauer Börse wieder schwankend wurde, so blieb Posen dagegen bis zum Schluß überwiegend fest, und wenn einzelne scharf gestiegene Papiere im Kurse etwas abbröckelten, so war das nur sehr unerheblich und nicht von weittragenderem Einfluß. Gesagt werden kann, daß der Hauptteil der Papiere sich erheblich erholt hat und daß einzelne Werte sogar prozentual, andere Papiere, auf die sich sonst alles Interesse konzentrierte, überholt haben, ohne jedoch ihrem wirklichen Werte sich anzupassen. Am Freitag wurde das Interesse für Bankaktien besser. Bank Związku wurde stark verlangt und konnte den Kurs von 2,7 Millionen Proz. erreichen. Bank Przemysłowców blieb ebenfalls stärker gefragt und gewann auf 1,2 Mill. Proz. Handlowy ruhte bei 1 Mill. Proz. fest. Ziemian und Bank Poznański blieben still und behaupteten den seit einigen Tagen erreichten Kurs. Das Interesse bei den Industriewerten konzentrierte sich am Schluß auf Luban, May, Wisła, Herzfeld, Unja, Iskra, Stabrowski, Wyroby Ceramiczne und Brow. Krotoszyński. Die anderen Industriewerte blieben behauptet. Wytw. Chemiczna, Tri, Pozn. Spółka Drzewna, Cegielski gaben etwas nach, und die Kauflust wich in dieser Woche etwas von ihnen ab. Das sind jedoch Stimmungen, die sich täglich ändern können, und aus diesen Tatsachen zu schließen, kann trügerisch sein. Die heutige Sonnabendbörse wird sich vorbörslich noch lebhaft gestalten; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß im Verlauf der Hauptbörse die Haltung etwas schwankender wird. Wenn größere Käufe noch aus dem Lande einlaufen, was ja auch sein kann, ist es möglich, daß die Börse sich befestigt und die Kurse sich behaupten.

Devisen werden vorbörslich wieder etwas stärker gemeldet. Vor allen Dingen der freie Handel versucht seine Gelder in Devisen festzulegen, um vor der täglich steigenden Geldentwertung geschützt zu sein. Wie die Hauptdevisenbörse verlaufen wird, ist vorläufig bei Abfassung dieses Berichts, noch nicht zu erfahren.

rs.

Von den Aktiengesellschaften.

„Sarmatia" T. A., Zigarettenfabrik in Posen. Die Aktien der III. Emission sind fertiggestellt und können von den Aktionären in den Geschäftsräumen der „Sarmatia" in Posen, ul. Wojskowa 5, in Empfang genommen werden. (M. P. 6.)

„Batory", T. A., Zigarrenfabrik in Rawitsch. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 6. Oktober 1923 ist das Aktienkapital von 3 Millionen auf 153 Millionen, durch Ausgabe von Aktien 2. Em. erhöht worden. Die alten Aktionäre erhalten auf jede Aktie zu 1000 M. nom. fünfzig junge Aktien zum Kurse von 3000 Prozent. Die jungen Aktien sind ab 1. Januar 1924 dividendenberechtigt. Der Ablauf des Bezugsrechtes wird noch besonders veröffentlicht werden. (Bank Centralny und Poznańskiego Ziemstwa Kredytowego, beide in Posen.)

Wojciechowo, T. A., Stärkefabrik in Posen. Die Generalversammlung findet am 23. Januar 1924, mittags 12½ Uhr, in den Geschäftsräumen der Bank Krajowy in Posen, Aleje Marcinkowskiego 6, statt. Eine Kapitalerhöhung soll vorgeschlagen werden. (M. P. 5.)

„Moda", T. A. in Liquidation, Posen. Der Liquidator Herr Franz Pilczak in Posen, ul. Ratajczaka 38, fordert die Gläubiger auf, bis zum 26. Januar 1924 ihre Ansprüche bei ihm geltend zu machen. (M. P. 5.)

Von den Märkten.

Vom polnischen Holzmarkt. Trotz der Nachfeiertagsperiode ließ sich eine größere Belebung beobachten. Das Angebot an Rundholz ist beträchtlich gestiegen. Für unsortiertes Langholz in Kiefer wurden 12 bis 15 Schilling, je nach Qualität, verlangt. In Orten, die näher dem Zentrum des Landes liegen, kam der Preis auf 20 Schilling. Es betrugen die Durchschnittspreise für Holzmaterialien loko Waggon in den Produktionszentren zum Sterlingkurs von 27 Millionen Polenmark in Millionen: Rundholz: Unsortierte Langhölzer in Kiefer mit einem Durchmesser von 16 cm aufwärts am dünneren Ende 18 bis 21, in Fichte und Tanne 17 bis 19. Exportklötze in Kiefer von 25 cm Durchmesser am dünnen Ende kamen auf 30, in Fichte und Tanne auf 26—27. Die Nachfrage nach Rundholz war besonders für Kiefer sehr lebhaft. Telegraphenstangen in Kiefer kamen auf 21—22 pro Kubikmeter. Grubenhölzer erfreuten sich lebhafter Nachfrage sowohl für den Inlandsbedarf als auch für die Ausfuhr. Inlandsgruben zahlten 12—14. Streichholzesche für den Export 33—34, Inlandssorte 27—28. Papierfichte in gewisser Vernachlässigung wegen schwieriger Exportbedingung: Gefordert wurden pro Raummeter 9,5—10,5. Für Laubholz herrschte geringere Nachfrage. Fournierklötze in Eiche kamen in bester Sorte auf 85—90, je nach Entfernung vom Zentrum. Tischler-Stammklötze in Eiche von 30 cm Durchmesser in der Mitte schwankte je nach der Sorte von 55—60. Eiche in der Mittellage überstieg nicht 40—42. Telegraphenstangen in Eiche für die Ausfuhr kamen auf 32—34. Andere Sorten in geringeren Umsätzen. Tischler-Stammklötze in guter Inlandssorte: Ulme 25—26, Rüster 27—28, Pappel 20—21, Ahorn 23—24, Erle 22—23, Esche 28—29, Birke 12—13, Weißbuche 20—21, Buche 16—17, in kleineren Partien gekauft. Exportmaterial je nach Qualität und Entfernung erzielte um 50 bis 100 Proz. höhere Preise. — Gesägte Ware: Unsortierte Kiefernbohlen, Deals und Battens, in aktuellen Ausmaßen, kamen auf 75, in Fichte und Tanne um 12—15 Proz. billiger, je nach Spezifizierung und Qualität. Unsortierte Madriers und Bastings in Fichte und Tanne, in guter Sorte, für die Ausfuhr nach Frankreich, schwankten je nach Spezifizierung und Entfernung zwischen 160 und 180 Frank pro Kubikmeter. Unbeschnittene Tischlerbretter in Kiefer für den Inlandsbedarf 42—44, beschnitten für Zimmerleute 29—32. Halbzollbretter zur Kistenfabrikation 35—37, Tischlerbretter in Eiche, beschnitten, für die Ausfuhr schwankten je nach Sorte zwischen 110 und 120 (ausgesuchte Ware). Eichenschwellen erfreuten sich letzthin größerer Nachfrage für die Ausfuhr. Doppeltsleepers in Kiefer kamen auf 7—7,5, Buchenschwellen weniger belebt; verlangt wurden 2 Schilling pro Stück. Brennscheite (gemischt) kamen auf 100 pro Waggon 10 000 Kg. loko Verladestation. Die hohen Transportpreise erschweren die Brennholzumsätze in bedeutender Weise. Die allgemeine Tendenz war fest, bei Belebung des Geschäfts.

Altmetalle. Berlin, 9. Januar. (Notierung in Pfund Sterling je engl. To.) Altkupfer 56—58, Altrotguß 49—51, Messingspäne 33—35, Gußmessing 39—40, Messingabfälle 52—54, Altzink 21—22, neue Zinkabfälle 25—26, Altweichblei 22—23, Alum., Blechabfälle 105—110, Lötzinn 85—90.

Metallene Halbfabrikate. Berlin, 9. Januar. (Notierung in Goldmark je 100 Kg.) Aluminium-Bleche, Drähte, Stangen 290, Aluminiumrohr 400, Kupferbleche 189, Kupferdrähte, Stangen 170, Kupferrohre o. N. 194, Kupferschalen 250, Messingbleche, Bänder, Drähte 163,80, Messingstangen 117,60, Messingrohre o. N. 176,40, Messingkronenrohre 190, Tombak mittelrot, Bleche, Drähte, Stangen 173, Neusilberbleche, Drähte, Stangen 275.

Alteisen. Berlin, 9. Januar. (Notierung in Goldmark je To.) Kernschrott 54, Schmelzeisen 22, Späne 42.

Börse.

≠ **Warschauer Börse vom 11. 1. 24.** (Markt der nichtnotierten Werte.) Chybie 60 000, Kujawy 100 000, Zbiersk 3000, Zduny 180 000, Gazy 240 000, Jaworzno 200 000, Kauczuk 750, Nitrat 2200—2600, Machlejd 3000, Hurt. Opał. 90, Guma Rubber 145, Granat 240, Zeydler 1200—1150, S. A. M. Zagajski 6700, Przemysł Terpentynowy w Polsce 980—970, Zagożdżon 450, Lokomotywy 9000—9500, Sarniańska Huta Szklana 90—95, Wiór 500—450—400.

≠ **Die P. K. K. P. zahlte am 11. 1. 24** (in 1000 Mkp.) für Goldmünzen (in Klam. Silbermünzen): Rubel 4 962.9 (3 299.4), Mark 2 288 (916.5), Krone 1 964.4 (765.2), lateinische Münzeinheit 1 861.4 (765.2), Dollar 9 649 (4 410), Pfund Sterling 46 951 (sh. 958.6) türkisches Pfund 42 319, schwedische Krone 2 585.3 (1099.8), österr. Dukaten 22 069 (fl. 2036.4), holländischer Gulden 3 878 (1732) belgische und holländische Dukaten 22 019. 1 g Feingold 6 412.1 (183.3).

≠ **Die polnische Mark am 11. Januar. Danzig:** 0.598 bis 0.602 (Parität: 1 669 500). Auszahlung Warschau 0.563 bis 0.567 (Parität: 1 770 000). **Wien:** 57—67 (Parität: 161.50) **Agram:** Auszahlung Warschau 0.0035 (Parität: 28 600). **Neuyork:** Auszahlung Warschau 0.000001 (Parität: 10 000 000). **London:** Auszahlung Warschau 0.0000002385 (Parität: 42 000 000). **Zürich:** Auszahlung Warschau 0.00005 (Parität: 2 000 000). **Tschernowitz:** Auszahlung Warschau 0.002 (Parität: 50 000). **Bukarest:** Auszahlung Warschau 0.0022 (Parität: 45 500).

≠ **Ostdevisen in Berlin vom 10. Januar.** Freiverkehr. (In Millionen, polnische in 1000.) **Auszahlung:** Bukarest 21 691 G., 21 909 B., Riga 832 500 G., 847 500 B., Reval 10 815 G., 10 985 B., Kowno 420 750 G., 429 250 B., Kattowitz 365 G., 375 B. — **Noten:** polnische 351 G., 369 B., lettische 800 G., 840 B., estnische 10 000 G., 10 600 B., litauische 405 G., 425 B.

Die Notiz für Riga und lettische Noten versteht sich ab 10. Januar für 1 Lat (gleich 50 lettische Rubel).

≠ **Züricher Börse vom 11. Januar.** (Amtlich.) Neuyork 5.7625, London 24.65, Wien 0.0080875, Prag 16.735, Mailand 24.925, Brüssel 24.65, Budapest 0.0205, Helsingfors 14.30, Sofia 4.15, Amsterdam 216.875, Christiania 83, Kopenhagen 101, Madrid 73.50, Bukarest 2.90, Belgrad 6.425, Athen 10.875, Konstantinopel 3.07.

≠ **Berliner Börse vom 11. Januar.** (In Millionen Mk., Wien und Budapest in 1000 Mk.) **Amsterdam** 1 625 925, Brüssel 182 543, Norwegen 617 553, Dänemark 753 115, Schweden 1 135 155, Finnland 156 732, Mailand 187 630, **London** 18 254 250, **Neuyork** 4 189 500 Paris 204 987, **Schweiz** 749 622, Madrid 543 638, Japan 1 945 125, Wien abgest. 61 596, Prag 125 685, Jugoslawien 48 378, Budapest 158 602, Bulgarien 31 022.

Danziger Mittagskurse vom 12. Januar.

1 Million poln. Mark	0,60 Gulden
1 Dollar	5,98 „

Kurse der Posener Börse.

(Notierungen in 1000 %.)

	12. Januar	11. Januar
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	—,—	850—900
Bank Poznański I.—II. Em.	200	200
Bank Przemysłowców I.—II. Em.	1 000	1 100—1 200
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-XI. Em.	2 500	2 700
Polski Bank Handl., Poznań I.—IX.	900	1 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	—,—	300
Wielkop. Bank Rolniczy I.-IV. Em.	60	—,—
Bank Młynarzy I.—II. Em.	100	100
Industrieaktien:		
Arkona I.—V. Em.	850	800
Bydgoska Fabr. Mydeł I.—II. Em.	—,—	500
R. Barcikowski I.—VI. Em.	—,—	270
Browar Krotoszyński I.—IV. Em.	1 500—1 450	1 650—1 600
H. Cegielski I.—IX. Em.	420—380	500—470
Centrala Przemysłu Rzeźnickiego	—,—	60
Centrala Rolników I.—VII. Em.	160—150	200
Centrala Skór I.—V. Em.	1 030—1 100	1 100—1 150
Fabr. Mebli i Obróbki Drzewa Swarzędz I.—II. Em.	100	—,—
Dębienko I.—IV. Em.	400	400
Galwana	—,—	300
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	300	300—325
Goplana I.—III. Em.	550	600
C. Hartwig I.—VI. Em.	450—350	450—470—450
Hartwig Kantorowicz I.—II. Em.	1 800—2 000—1 800	2 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	80	—,—
Hurtownia Związkowa I.—IV. Em.	75	75—90
Hurtownia Skór I.—III. Em.	220	220
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	3 000—2 800	3 000
Hurt. Spółek Spożywców I.-II. Em.	250	260—250
Iskra I.—III. Em.	1 000—950	1 000—950
Len w Toruniu ohne Bezugsr.	450—500	400
Luban, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV.	24 000	—,—
Marynin Zakł. ogrodn. w Warszawie	150	—,—
Dr. Roman May I.—IV. Em.	13 000—13 250—13 000	13 000—13 500—13 250
Młyn Ziemiański I.—II. Em.	600	600
Młynotwórnia I.—V. Em.	650	650
Orient I.—II. Em.	—,—	100
Młyn Parowy w Gnieźnie	425—450	—,—
S. Pendowski I.—III. Em.	—,—	350
Płótno I.—III. Em.	330—300	375—350
Papiernia Bydgoszcz I.—IV. Em.	350—370	400
Pozn. Spółka Drzewna I.-VII. Em.	800—750	925—800
Pneumatik I.—IV. Em.	82,5—80	80
Bracia Stabrowscy (Zapałki) I. Em.	—,—	2 000
Spółka Stolarska I.—II. Em.	—,—	920—880
Syndykat dla Handlu z Zagr. I.—III. Em.	60	50
Starogradzka Fabr. Mebl. I.-II. Em.	400	400
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	80	95—100
Tkanina I.—IV. Em.	—,—	300
Tri I.—III. Em.	900—1 000	850
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	3 400—3 300	3 600—3 500
Wisła, Bydgoszcz I.—III. Em.	5 500—6 750	6 500—6 000
Włókno I.—IV. Em.	—,—	450—500
Wytwórnia Chemiczna I.—IV. Em.	200—180—220	280—250
Wyroby Ceramiczne I.-II. Em Krot.	1 000	1000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—IV. Em.	750	900—850

Tendenz: nicht einheitlich.

Warschauer Vorbörse vom 12. Januar.

Dollar 9 650 000—9 800 000. Engl. Pfund 41 950 000 Schweizer Franken 1 700 000. Französischer Franken 374 000.

≠ **Valorisierungsfrank für den 13. Januar 1924 1 890 000 Mkp.**

Warschauer Börse vom 11. Januar.

Devisen:

Belgien	425 000	Prag	283 600—286 000
London	42 500 000—41 050 000	Schweiz	1 725 000—1 710 000
Neuyork	9 900 000—9 800 000	Wien	139.00—135.00
Holland	3 716 000	Italien	428 000—424 000
Goldfrank	1 981 000	Zlotybons IIa	1 600 000
Paris	480 000—470 000		—1 500 000—1 600 000

Berliner Börsenbericht

vom 11. Januar.

Disk.-Kom.-A.	20 Bill. 200 Milliard.	Ausz. London	18 Bill. 300 Milliard.
Polnische Noten	—,—	„ Neuyork	4 Bill. 200 Milliard
Auszahlung Holland	335 000 —		

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 12. Januar 1924.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung loko Verladestation.)

Weizen	27 000 000—30 000 000	Weizenkleie	15 000 000
Roggen	18 000 000—20 000 000	Roggenkleie	14 000 000
Weizenmehl	50 000 000—55 000 000	Peluschken	23 000 000—25 000 000
Roggenm.	35 000 000—38 000 000	Seradella	18 000 000—20 000 000
Gerste	17 000 000	Wicken	20 000 000—23 000 000
Braugerste	18 500 000—20 500 000	Felderbsen	28 000 000—33 000 000
Hafer	18 000 000—20 000 000	Vikt.-Erbsen	45 000 000—55 000 000

Kleine Umsätze. — Tendenz: ruhig.